



Statistische Grundlagen und Übersichten

021-1500

Taschenstatistik der Schweiz 2015



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik

Espace de l'Europe 10
CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:

Telefon +41 58 463 60 11

Telefax +41 58 463 60 12

Bestellung von Publikationen:

Telefon +41 58 463 60 60

Telefax +41 58 463 60 61

www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.

Ein Strich (–) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.

Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:

Erklärung in Tabelle auf Seite 4.

Rundung:

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsommen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:

Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:

Bundesamt für Statistik

Sektion Diffusion und Amtspublikationen

Februar 2015. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption:

Bernhard Morgenthaler †, Armin Grossenbacher

Redaktion:

Etienne Burnier

Grafiken, Layout:

Daniel von Burg, Etienne Burnier

Karten:

Sabine Kuster

Titelseite:

Netthoevel & Gaberthüel, Biel;

Foto: © vbaleha – Fotolia.com

Grafisches Konzept:

Roland Hirter, Bern

Bestellnummer:

021-1500

ISBN:

978-3-303-00526-2

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Bevölkerung	4
Raum und Umwelt	9
Arbeit und Erwerb	11
Volkswirtschaft	14
Preise	16
Industrie und Dienstleistungen	17
Land- und Forstwirtschaft	20
Energie	21
Bau- und Wohnungswesen	22
Tourismus	23
Mobilität und Verkehr	24
Die Schweiz und Europa	26
Banken, Versicherungen	28
Soziale Sicherheit	29
Gesundheit	32
Bildung und Wissenschaft	34
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft	37
Politik	39
Öffentliche Finanzen	41
Kriminalität und Strafrecht	43
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung	45
Nachhaltige Entwicklung	49
Regionale Disparitäten	50
Die Schweiz und ihre Kantone	51

Liebe Leserin, lieber Leser

Die vorliegende Taschenstatistik der Schweiz bietet Ihnen eine kleine Auswahl der vielen Daten, die das Bundesamt für Statistik (BFS) in über zwanzig Bereichen jährlich erhebt und verbreitet. Die Kurzfassung erscheint gleichzeitig mit dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz, welches auf rund 600 Seiten eine vertiefte und umfassendere Übersicht bietet.

Die Taschenstatistik 2015 wartet mit einigen Neuheiten auf: Im Kapitel Regionale Disparitäten werden erstmals eine Grafik zur Teilzeitbeschäftigung und eine Grafik zur Situation der Kleinkinderbetreuung präsentiert. Die entsprechenden Daten stammen aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung. Interessant sind beispielsweise die festgestellten Unterschiede beim Anteil betreuter Kinder je nach Schweizer Stadt. Eine weitere Neuerung betrifft das Kapitel Arbeit und Erwerb. Dort erläutert eine Grafik, wie viel Zeit 2013 für die Erwerbstätigkeit und für die Haus- und Familienarbeit aufgewendet wurde. Auch diese Daten sind der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung entnommen.

Auch 2015 sind weitere spannende Zahlen zu erwarten, denn die Ergebnisse der Erhebung zu Familien und Generationen werden im Frühling dieses Jahres erstmals publiziert. Sie werden bei der Ausrichtung der Familien- und Generationenpolitik der Schweiz eine grosse Stütze sein. Die Ergebnisse einer weiteren thematischen Erhebung, jener zu Sprache, Religion und Kultur, dürften dann gegen Ende des Jahres druckreif sein. Wie wird Religion ausgeübt? Woran glauben konfessionslose Menschen? Antworten auf solche Fragen können helfen, der schweizerischen Politik im Bereich der Mehrsprachigkeit, der Kultur und der Integration neue Impulse zu geben.

Neue Erkenntnisse wird auch die Omnibus-Erhebung zur Wahrnehmung der Umwelt durch die Bevölkerung liefern. Bei dieser Methode werden Teile der Bevölkerung mittels einer Stichprobe jeweils zu mehreren Themen befragt, um rasch Antworten auf aktuelle politische und wissenschaftliche Fragen zu erhalten.

Ich nutze die Gelegenheit, um mich bei allen Personen in der Schweiz, die sich für die verschiedenen Erhebungen zur Verfügung stellen und deren Teilnahme äusserst wertvoll ist, herzlichst zu bedanken. Dank Ihnen können repräsentative und qualitativ hochstehende Ergebnisse erzielt werden. Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre!

Georges-Simon Ulrich

Direktor
Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, Februar 2015

Weitere Informationsquellen:

- Die Pressemitteilungen des BFS können als Newsletter per E-Mail abonniert werden – prompt und gratis. Anmeldung: www.news-stat.admin.ch
- Neues im Portal: die aktuellsten Veröffentlichungen des BFS, zu thematischen Paketen zusammengefasst. www.statistik.ch → Aktuell → Neues im Portal.
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum für Statistik, Telefon +41 58 463 60 11 oder per E-Mail an: info@bfs.admin.ch

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2013

Am Jahresende	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km ²	Wachstum 2010–2013 in %
Schweiz	8 139,6	23,8	73,7	203,5	3,4
Zürich (ZH)	1 425,5	25,4	95,2	858,3	3,8
Bern (BE)	1 001,3	14,5	63,0	171,4	2,2
Luzern (LU)	390,3	17,2	50,8	273,1	3,4
Uri (UR)	35,9	11,1	0,0	33,9	1,3
Schwyz (SZ)	151,4	19,6	80,3	177,8	3,2
Obwalden (OW)	36,5	14,0	0,0	75,9	2,6
Nidwalden (NW)	41,9	13,1	87,4	173,4	2,1
Glarus (GL)	39,6	22,2	0,0	58,2	2,6
Zug (ZG)	118,1	25,9	96,3	570,3	4,4
Freiburg (FR)	297,6	20,8	55,8	186,7	6,9
Solothurn (SO)	261,4	20,3	77,6	330,7	2,4
Basel-Stadt (BS)	189,3	34,3	100,0	5117,2	2,4
Basel-Landschaft (BL)	278,7	20,7	91,8	538,4	1,5
Schaffhausen (SH)	78,8	24,7	76,1	264,2	3,2
Appenzell A. Rh. (AR)	53,7	15,0	53,2	221,1	1,3
Appenzell I. Rh. (AI)	15,8	10,5	0,0	91,5	0,6
St. Gallen (SG)	491,7	22,9	65,6	252,1	2,7
Graubünden (GR)	195,0	17,7	50,2	27,4	1,2
Aargau (AG)	636,4	23,3	66,0	456,1	4,1
Thurgau (TG)	260,3	23,4	50,1	301,6	4,8
Tessin (TI)	346,5	27,2	88,4	126,4	3,8
Waadt (VD)	749,4	32,8	74,3	265,5	5,1
Wallis (VS)	327,0	22,2	57,5	62,7	4,6
Neuenburg (NE)	176,4	24,9	73,4	246,1	2,5
Genf (GE)	469,4	40,4	99,2	1909,7	2,6
Jura (JU)	71,7	13,6	28,6	85,6	2,4

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2013

	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 2010–2013	in 1000	Wachstum in % 2010–2013
Total	1 111,0	3,4	3 144,2	3,5
Zürich	384,8	3,2	1 232,6	3,7
Genf	191,6	2,2	541,3	2,8
Basel	167,4	2,6	508,6	2,2
Bern	128,8	3,6	364,2	3,0
Lausanne	132,8	3,9	351,5	4,4
Winterthur	105,7	4,3	145,9	4,3

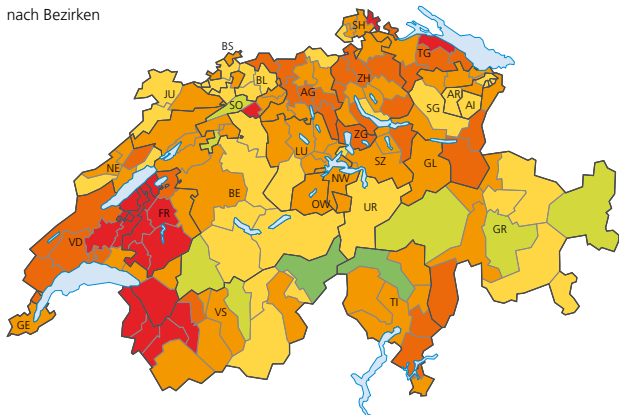
Die Bevölkerung ist mehrheitlich städtisch

74% der Bevölkerung wohnen heute (2013) in städtischen Gebieten; 1930 waren es lediglich 36% gewesen. Rund die Hälfte der städtischen Bevölkerung wohnt in einer der fünf grössten Agglomerationen der Schweiz (Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne).

Das Bevölkerungswachstum in den städtischen Regionen ist seit dem Jahr 2000 ausgeprägter als in den ländlichen Gebieten (2013: +1,3% gegenüber +1,1%).

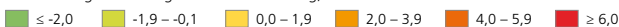
Bevölkerungswachstum 2010–2013

nach Bezirken



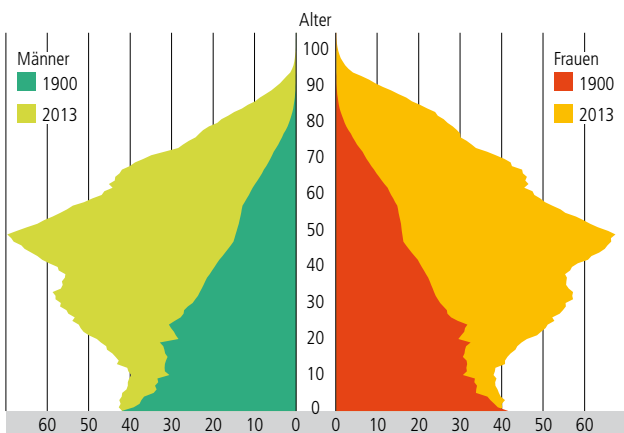
Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung, in %

CH: +3,4 %



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der älteren Menschen gestiegen, während derjenige der Jugendlichen (unter 20 Jahren) und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken ist. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» zu einer «Tanne» (2013) gewandelt, wobei die geburtenstarken Jahrgänge 1960 bis 1971 dominieren. Ihnen stehen eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber. Die Alterung wird sich fortsetzen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dürfte bis 2060 von 17,6% (2013) auf rund 28% ansteigen. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist in den letzten Jahren vor allem auf den Einwanderungsüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringen Teil auf den Geburtenüberschuss.

Lebendgeborene 2013

Total	82 731
Knaben je 100 Mädchen	106,1
Anteil nicht ehelicher Lebendgeborener in %	21,1
Kinder je Frau ¹	1,5

1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

Todesfälle 2013

Total	64 961
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	524
20–39 Jahre	857
40–64 Jahre	7 838
65–79 Jahre	16 138
≥ 80 Jahre	39 604

Internationale Wanderungen 2013

Einwanderung	193 302
davon Ausländer	167 248
Auswanderung	106 196
davon Ausländer	77 707
Wanderungssaldo	87 106
Schweizer	-2 435
Ausländer	89 541

Binnenwanderungen² 2013

Total Zu- und Wegzüge	480 116
------------------------------	----------------

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

Heiraten 2013

Total	39 794
Schweizer/Schweizerin	19 517
Schweizer/Ausländerin	7 791
Ausländer/Schweizerin	6 572
Ausländer/Ausländerin	5 914
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,8
Ledige Frauen	29,6

Scheidungen 2013

Total	17 119
mit unmündigen Kindern (%)	44,7
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 079
5–9 Jahre	4 563
10–14 Jahre	3 199
15 und mehr Jahre	7 278
Zusammengefasste Scheidungsziffer ³	41,9

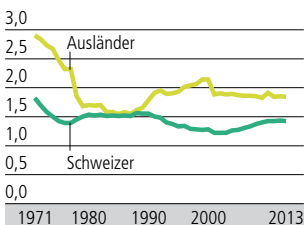
3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

Mehrlingsgeburten⁴ 2013

Total	1 503
davon Zwillingsgeburten	1 478

4 Anzahl Entbindungen; lebend- und totgeborene Kinder

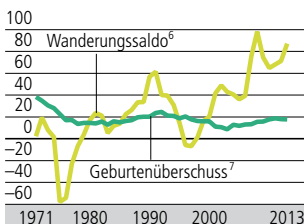
Zusammengefasste Geburtenziffer⁵



5 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1

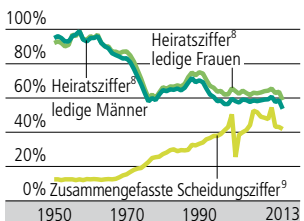
Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss

in 1000



6 Bis 2010 inkl. Statuswechsel, ab 2011 inkl. Übertritte von der nichtständigen Wohnbevölkerung
7 Lebendgeburten minus Todesfälle

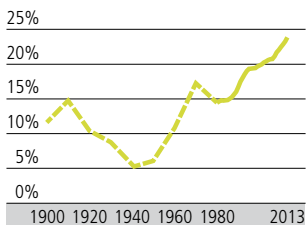
Heiraten und Scheidungen



8 Anteil (%) der unter 50-jährigen ledigen Männer, bzw. Frauen, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

9 Siehe Anmerkung 3. Ab 2011 sind die Scheidungen von zwei ausländischen Personen nicht vollständig erfasst.

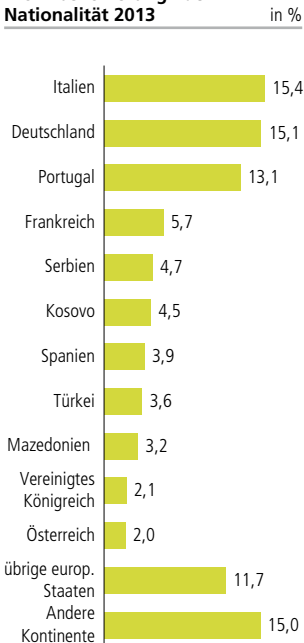
Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



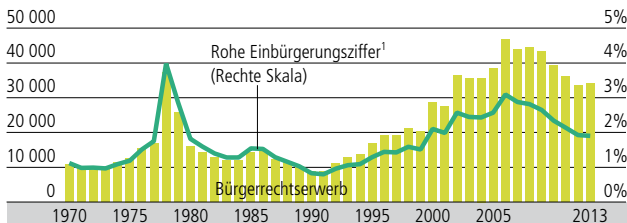
Ständige und nichtständige ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2013

in 1000	
Total	2 020,1
Aufenthalter (Ausweis B)	616,5
Niedergelassene (Ausweis C)	1 227,9
Internationale Funktionäre und Diplomaten	28,9
Kurzaufenthalter (Ausweis L)	97,1
Asylsuchende (Ausweis N)	21,3
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	22,1
Nicht zugeteilt	6,3

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2013



Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



¹ Anzahl Bürgerrechtserwerbe bezogen auf 100 Aufenthalter und Niedergelassene am Jahresanfang

Ausländische Bevölkerung: mehr als die Hälfte ist in der Schweiz geboren oder seit mindestens 10 Jahren hier wohnhaft

Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 23,8%. Mehr als die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (55,8%) lebt seit 10 Jahren oder mehr hier oder ist schon hier geboren. Im Jahr 2013 haben 34 100 Personen (1,9% der ausländischen Wohnbevölkerung) die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben. Die ausländische Bevölkerung ist jung: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen nur deren 11 im Alter ab 65 Jahren (Schweizer: 35). 28% der 2013 in der Schweiz geborenen Kinder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2013 ist die Zahl der Einwanderungen gegenüber dem Vorjahr um 10,8% gestiegen. Dabei stammen 66% der Eingewanderten aus der EU/EFTA.

Formen des Zusammenlebens werden vielfältiger

Im Jahr 2012 gehörten nur 27% der Privathaushalte zum Haushaltstyp «Paar mit Kind(ern)». Von den Haushalten mit mindestens einem Kind unter 25 Jahren sind 15% Einelternfamilien und 6% Patchworkfamilien: Diese hohen Anteile sind das Ergebnis vieler Scheidungen (17'119 im Jahr 2013), darüber hinaus hat sich der Anteil der nicht ehelichen Geburten zwischen 2000 und 2013 fast verdoppelt, von 11% auf 21%.

Der Entscheid zu Heirat und Gründung einer Familie fällt immer später: Das Erstheiratsalter hat bei den Frauen von 24 (1970) auf 30 Jahre (2013) zugenommen, bei den Männern von 26 auf 32 Jahre; das durchschnittliche Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist von 25 auf 30 Jahre gestiegen.

Das traditionelle bürgerliche «Alleinernährermodell» ist heute die Ausnahme: 2013 sind beinahe acht von zehn (78%) Mütter in Paarhaushalten erwerbstätig – allerdings meist teilzeitlich, denn nach wie vor gilt: Erwerbsarbeit leisten überwiegend die Väter (in der Regel vollzeitlich), Haus- und Familienarbeit hauptsächlich die Mütter.

Privathaushalte 2012 in 1000

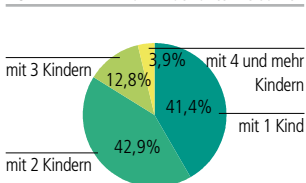
Total	3 553,7
Einpersonenhaushalte	1 261,8
Familienhaushalte	2 184,0
Paare ohne Kinder	1 020,8
Paare mit Kindern	965,2
Elternteil mit Kindern	198,0
Nichtfamilienhaushalte	54,1

Hauptsprachen 2012¹ in %

Deutsch	64,9
Französisch	22,6
Italienisch	8,3
Serbisch und Kroatisch	2,5
Albanisch	2,6
Portugiesisch	3,4
Spanisch	2,2
Englisch	4,6
Türkische Sprachen	1,2
Rätoromanisch	0,5
Übrige Sprachen	5,1

¹ Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten, Mehrfachnennungen möglich

Familienhaushalte mit Kindern 2012 Nur Kinder unter 25 Jahren



Religionszugehörigkeit 2012² in %

Evangelisch reformiert	26,9
Römisch-katholisch	38,2
Andere christliche Glaubensgemeinschaften	5,7
Jüdische Glaubensgemeinschaften	0,3
Islamische Glaubensgemeinschaften	4,9
Andere Religionsgemeinschaften	1,3
Konfessionslos	21,4
Ohne Angabe	1,1

² Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten

Witterung 2013

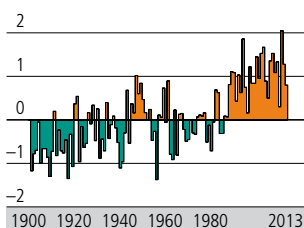
Station	Mittlere Lufttemperatur		Niederschlagsmenge mm	Jährliche Index ²	Jährliche Sonnenscheindauer	
	°C	Abw. ¹ in °C			Std.	Index ²
Lugano (273 m ü. M.)	12,8	0,4	1 713	110	1 998	97
Basel-Binningen (316)	10,3	-0,2	908	108	1 521	93
Genf-Cointrin (420)	10,2	-0,3	1 047	104	1 723	94
Neuenburg (485)	10,0	-0,2	1 037	106	1 632	99
Sitten (482)	10,4	0,3	568	94	2 067	99
Zürich / Fluntern (556)	9,1	-0,2	1 094	96	1 540	100
Bern-Zollikofen (553)	8,7	-0,1	1 113	105	1 709	102
St. Gallen (776)	7,9	-0,4	1 468	112	1 462	95
Davos (1594)	3,6	0,1	924	90	1 625	96

1 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (1961–1990)

2 100 = langjähriger Mittelwert (1961–1990)

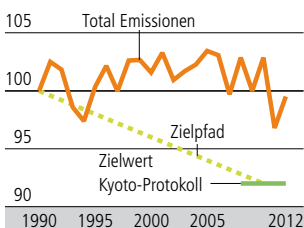
Temperaturabweichung

vom Mittelwert 1961–1990, in °C



Treibhausgas-Emissionen

Index 1990=100



Klimawandel

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist eine globale Zunahme der Temperatur zu beobachten, die mit natürlichen Einflussfaktoren allein nicht erklärbar ist. Dabei spielt der Treibhauseffekt eine zentrale Rolle. Dieses an sich natürliche Phänomen wird durch menschliche Einwirkung verstärkt, insbesondere durch das Verbrennen fossiler Energieträger und den damit verbundenen Ausstoss des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). Hauptverursacher dieser Emissionen sind der Verkehr, die Haushalte (Gebäudeheizungen und Warmwasser) und die Industrie.

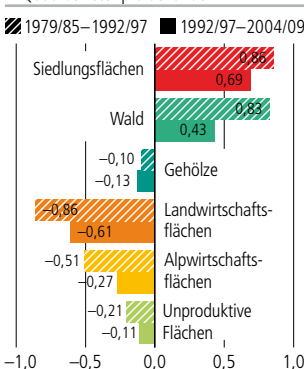
Bodennutzung

Erhebungsperiode 2004–2009

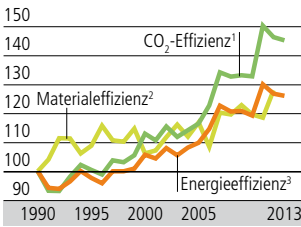
	km ²	%
Gesamtfläche	41 285	100
Wald und Gehölze	12 931	31,3
Landwirtschaftsflächen	9 678	23,4
Alpwirtschaftsflächen	5 139	12,4
Siedlungsfläche	3 079	7,5
Gewässer	1 769	4,3
Andere unprod. Flächen	8 690	21,0

Bodennutzungswandel

in Quadratmeter pro Sekunde



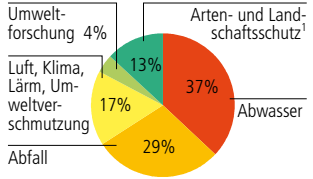
Ökoeffizienz
Index 1990=100



- 1 BIP / CO₂-Emissionen
- 2 BIP / Totaler Materialaufwand
- 3 BIP / Endenergieverbrauch

Öffentliche Ausgaben im Umweltschutz 2012

Total: 4,3 Mrd. Fr.



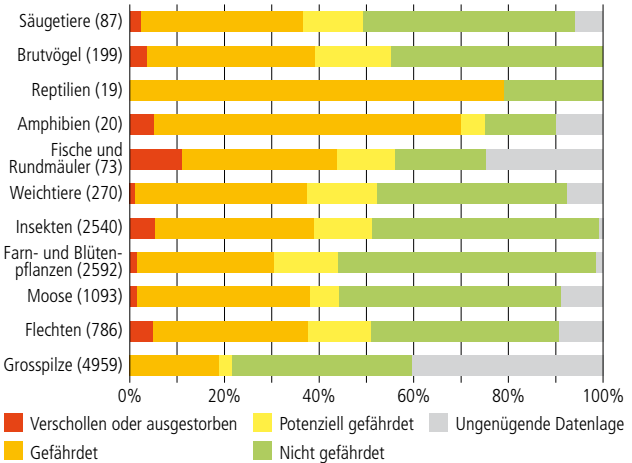
1 Inkl. Direktzahlungen an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen

Ökoeffizienz

Eine Steigerung der Ökoeffizienz wird dadurch erreicht, dass im Verhältnis zur verursachten Umweltbelastung, z.B. zum ausgestossenen CO₂, zur benötigten Energiemenge oder zum globalen Materialaufwand eine höhere Wirtschaftsleistung erzielt wird. Eine steigende Ökoeffizienz im Inland kann verschiedene Ursachen haben: einerseits den Einsatz umweltfreundlicherer Technologien und Produkte, andererseits strukturelle Veränderungen, z.B. die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors oder die Verlagerung von umweltbelastenden Produktionsprozessen ins Ausland.

Biodiversität – Bedrohte einheimische Arten

Stand: 1994–2014 je nach Artengruppe

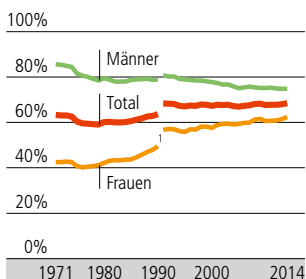


Biodiversität

Der landschaftliche Reichtum der Schweiz zeigt sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere – entsprechend günstig sind die Voraussetzungen für eine hohe Biodiversität. Das Wirken des Menschen übt jedoch Druck auf die biologische Vielfalt aus. Während die landschaftliche Umgestaltung durchaus auch Lebensräume für neue Arten schafft, führt die Uniformisierung und intensive Nutzung der Landschaft zu Populationsrückgängen und zu Artenverlusten.

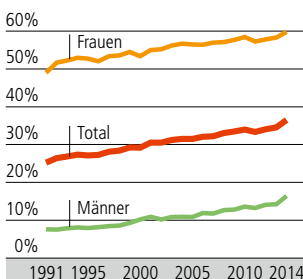
► www.statistik.admin.ch → Themen → Raum, Umwelt

Erwerbspersonen in % der ständigen Wohnbevölkerung (15+)

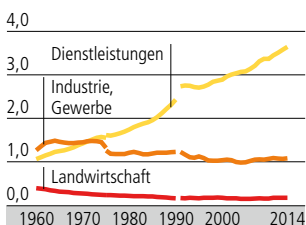


1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode

Teilzeiterwerbstätige in % der Erwerbstätigen



Erwerbstätige¹ nach Wirtschaftssektor in Mio.



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Erwerbsstatus¹ Ständige Wohnbevölkerung, in 1000

2. Quartal	2013	2014
Total	4 445	4 519
Selbständige	597	590
Mitarbeitende	102	99
Familienmitglieder		
Arbeitnehmende	3 526	3 620
Lehrlinge	220	210

1 Soziologische Definition

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht in 1000

2. Quartal	1991	1995	2000	2010	2013	2014
Total	4 135	3 993	4 107	4 592	4 816	4 903
Schweizer/innen	3 084	3 001	3 138	3 340	3 418	3 436
Ausländer/innen	1 051	992	969	1 252	1 398	1 467
Niedergelassene	551	564	588	624	680	715
Aufenthalter/innen	177	202	181	341	369	389
Saisonniers ¹	85	43	25	–	–	–
Grenzgänger/innen	183	148	140	228	273	285
Kurzaufenthalter/innen	21	19	20	42	49	51
Übrige Ausländer/innen	34	17	15	17	27	27
Männer	2 425	2 306	2 319	2 530	2 636	2 672
Frauen	1 710	1 687	1 788	2 062	2 180	2 231

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Teilzeiterwerbstätigkeit

Zwischen 2009 und 2014 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen (+7,6% auf 2,231 Mio.) stärker zugenommen als jene der erwerbstätigen Männer (+6,9% auf 2,672 Mio.). Die Teilzeiterwerbstätigkeit nimmt ebenfalls seit vielen Jahren an Bedeutung zu. So arbeiteten im Jahr 2014 59,9% der Frauen Teilzeit (2009: 57,8%). Bei den Männern waren es 16,5%, doch auch bei ihnen hat die Teilzeiterwerbstätigkeit seit 2009 zugenommen (+3,6 Prozentpunkte). Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Teilzeiterwerbstätigkeit ist auf die Tertiärisierung der Wirtschaft zurückzuführen: 86,6% der erwerbstätigen Frauen arbeiteten 2014 im tertiären Sektor (Männer: 64,3%) und die Teilzeiterwerbstätigkeit findet hauptsächlich im Dienstleistungssektor statt (9 von 10 Teilzeitstellen).

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre ohne den Zustrom der ausländischen Arbeitskräfte nicht möglich gewesen. Ihr Anteil überstieg seit den 1960er Jahren stets 20% und betrug 2013 29,1%. Besonderes Gewicht haben die Ausländerinnen und Ausländer im Industriesektor (2013: 38,5%; Dienstleistungssektor: 27,1%).

Im Jahr 2013 waren 77,9% der ausländischen Erwerbstätigen Staatsangehörige eines EU- oder EFTA-Landes. Zwei Drittel der ständigen Wohnbevölkerung aus der EU stammen aus Deutschland (25,7%), Italien (21,7%) und Portugal (20,1%).

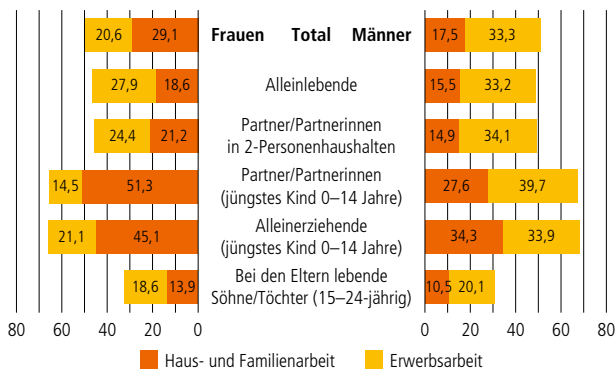
Erwerbslosenquote¹ nach Grossregion und weiteren Merkmalen

2. Quartal	2004	2011	2012	2013	2014
Schweiz	4,3	3,6	3,7	4,2	4,4
Genferseeregion	5,7	5,6	6,0	6,5	6,2
Espace Mittelland	3,8	3,0	3,5	3,4	4,1
Nordwestschweiz	3,8	3,6	3,4	3,8	4,1
Zürich	5,0	3,3	3,4	4,0	4,5
Ostschweiz	3,5	2,6	2,7	3,8	2,8
Zentralschweiz	3,3	2,1	2,3	2,1	3,7
Tessin	5,5	6,1	5,4	6,4	6,6
Männer	3,9	3,5	3,4	4,1	4,3
Frauen	4,8	3,7	4,2	4,2	4,5
Schweizer	3,0	2,6	2,7	2,9	3,2
Ausländer	8,9	6,6	7,0	7,9	7,9
15–24 Jahre	7,7	5,9	6,1	7,0	7,7
25–39 Jahre	4,5	3,7	4,1	4,6	4,7
40–54 Jahre	3,4	2,9	3,1	3,4	3,6
55–64 Jahre	3,2	3,4	2,9	3,2	3,7

¹ Erwerbslosenquote gem. ILO

Zeitaufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, 2013

Nach Familiensituation, Durchschnitt in Stunden pro Woche¹



¹ Nur Personen im erwerbsfähigen Alter (Frauen 15–63 Jahre, Männer 15–64 Jahre)

Beteiligung an Freiwilligenarbeit 2013

in % der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

	Total	Informell	Institutionalisiert
Total	33,3	18,6	20,0
Männer	31,8	13,8	22,2
Frauen	34,8	23,2	17,9

Monatlicher Bruttolohn¹ nach Grossregionen 2012

Wirtschaft insgesamt, Median, in Franken

	Total	Berufliche Stellung ²			
		a	b	c	d
Schweiz	6 439	10 056	8 182	6 801	5 833
Genferseeregion (VD, VS, GE)	6 558	10 958	9 108	7 101	5 912
Espace Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	6 308	9 500	7 586	6 823	5 812
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	6 653	10 670	8 543	7 289	6 024
Zürich (ZH)	6 900	10 709	8 940	7 143	6 074
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 933	8 730	7 131	6 192	5 469
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	6 313	9 500	7 622	6 394	5 794
Tessin (TI)	5 388	8 329	6 390	5 494	4 993

Monatlicher Bruttolohn¹, privater und öffentlicher Sektor 2012

Median, in Franken

	Total	Kompetenzniveau ³			
		a	b	c	d
Wirtschaft insgesamt	6 439	4 857	5 417	6 870	8 806
Privater Sektor	6 118	4 771	5 282	6 730	8 450
Öffentlicher Sektor	7 750	5 402	6 337	7 239	9 276

1 Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden

2 Berufliche Stellung

a = Oberstes, oberes und mittleres Kader

b = Unteres Kader

c = Unterstes Kader

d = Ohne Kaderfunktion

3 Kompetenzniveau

a = Einfache Tätigkeiten körperlicher oder handwerklicher Art

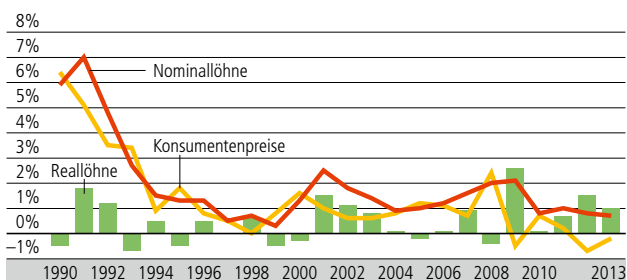
b = Praktische Tätigkeiten wie Verkauf, Pflege, Datenverarbeitung und Administration, Bedienen von Maschinen und elektronischen Geräten, Sicherheitsdienst, Fahrdienst

c = Komplexe praktische Tätigkeiten welche ein grosses Wissen in einem Spezialgebiet voraussetzen

d = Tätigkeiten mit komplexer Problemlösung und Entscheidungsfindung, welche ein grosses Fakten- und theoretisches Wissen in einem Spezialgebiet voraussetzen

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Entwicklung der Reallöhne

Index 1939 = 100

	1980	1990	2000	2010	2012	2013
Total	254	272	279	298	305	308
Männer	241	257	264	280	286	289
Frauen	279	302	311	336	344	347

Inländische Endnachfrage begünstigt im Jahr 2013 das Wachstum

Nach einem leichten Einbruch des Wachstums im Jahr 2012 verzeichnete die Schweizer Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2013, gemessen am BIP, ein kräftiges Wachstum von 1,9% gegenüber 1,1% im Jahr 2012 (Veränderungen zu Preisen des Vorjahres).

Abgesehen von der Energieversorgung stagnierten die meisten Industriebranchen. Im Gegensatz dazu konnten mit Ausnahme der Branche «Transport und Lagerung» alle Branchen des tertiären Sektors zulegen. Die Finanzinstitute (Banken und Versicherungen) registrierten nach fünf schwierigen Jahren wieder ein deutliches Wachstum (+7,8%).

Auf der Nachfrageseite begünstigte der Endkonsum der privaten Haushalte das Wachstum deutlich (+2,2%). Die bessere Konsumentenstimmung, die tieferen Konsumentenpreise und die gute Konjunktur des Arbeitsmarkts erklären dieses positive Ergebnis teilweise. Hingegen weisen die Aussenhandelszahlen, unter Berücksichtigung des Nichtwährungsgoldes, einen rückläufigen (-5,6%) Überschuss auf. Der Handelssaldo leistete also im Jahr 2013 keinen Beitrag zum Wachstum des BIP. Im Vergleich zum Jahr 2012 blieben die Exporte von Gütern und Dienstleistungen im Jahr 2013 praktisch unverändert, während die Importe um 1,5% zunahmen.

Das Bruttonationaleinkommen (BNE), das die Summe der Einkommen der gebietsansässigen Einheiten misst, ist 2013 um 4,4% angestiegen. Dieses Ergebnis lässt sich durch die starke Zunahme der aus dem Ausland zugeflossenen Vermögenserträge (+13%), namentlich durch die verbesserten Ergebnisse der im Ausland ansässigen Tochtergesellschaften erklären.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) und seine Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 ^p	2013 ^p
BIP	3,0	4,0	4,1	2,3	-2,1	3,0	1,8	1,1	1,9
Konsumausgaben	1,4	1,3	2,0	1,0	1,6	1,4	1,0	2,8	2,0
Bruttoinvestitionen	13,3	5,2	-3,3	7,2	4,5	-4,9	12,1	-10,5	-8,3
Exporte	6,5	6,3	11,4	3,9	-10,0	12,8	4,9	0,8	15,3
Importe	9,8	3,2	5,8	4,9	-3,8	8,1	9,2	-2,8	13,5

BIP in Milliarden Fr, zu laufenden Preisen	507	538	573	597	587	606	618	625	635
--	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

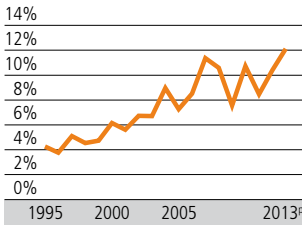
Bedeutung der Beziehungen zur übrigen Welt

Ab 1997 war der Aussenhandel der Wachstumsmotor für das BIP. Zeiträume mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion fallen denn auch mit einem florierenden Aussenhandel zusammen. Die Exporte haben während der Boomjahre (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) beigetragen. Durch die dynamischen Exporte ist der Anteil des Aussenbeitrags (Ausfuhren minus Einfuhren) am BIP gewachsen, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt. Im Jahr 2009 bekam die Schweiz die Abschwächung der Weltwirtschaft deshalb deutlich zu spüren. Diese hatte einen negativen Beitrag des Aussenhandels zur Folge.

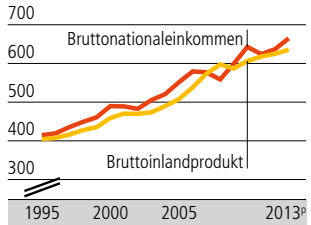
Seit der Finanzkrise von 2008 ist der Beitrag des Aussenhandels zum Wachstum des BIP unsteter geworden. In den letzten drei Jahren entwickelte sich der Aussenhandelsüberschuss im Jahr 2011 zunächst negativ (-1,9%), im Jahr 2012 dann positiv (+1,7%) und im Jahr 2013 erneut negativ (-5,6%). Längerfristig zeigt sich die

zunehmende Bedeutung der übrigen Welt auch bei den im Ausland erwirtschafteten Erträgen: Diese spielen eine immer grössere Rolle für das Bruttonationaleinkommen (BNE), das in der Regel höher ausfällt als das BIP. Die Jahre 2008 und 2011 heben sich mit einem deutlich weniger dynamischen BNE klar von diesem Trend ab. Verantwortlich dafür waren die Verluste der Niederlassungen von Schweizer Banken im Ausland im Jahr 2008 und die Wechselkurse im Jahr 2011.

Anteil des Aussenbeitrags am BIP zu laufenden Preisen

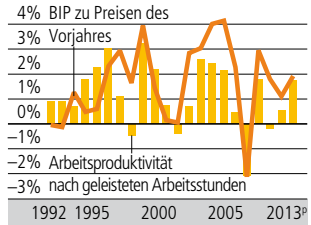


BIP und BNE zu laufenden Preisen in Milliarden Schweizer Franken



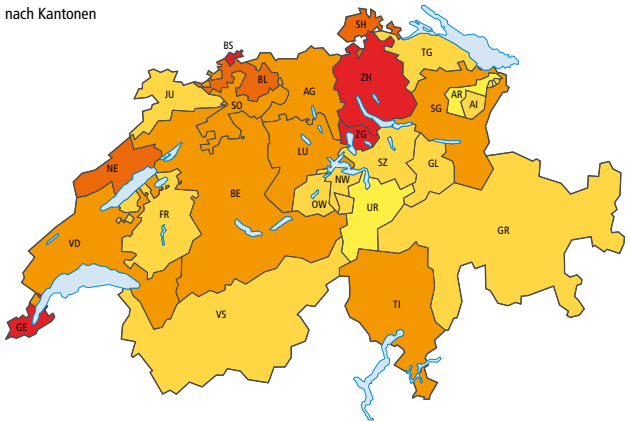
Wenn die anhand des BIP gemessene Wirtschaftstätigkeit bekannt ist, kann auch die Effizienz untersucht werden, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zum Einsatz kommen. Die Effizienz der Arbeit ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, d.h. aus der Wertschöpfung, die in einer Arbeitsstunde geschaffen wird.

Jährliche Wachstumsrate



Bruttoinlandprodukt pro Einwohner 2011

nach Kantonen



Bruttoinlandprodukt pro Einwohner zu laufenden Preisen, in Franken



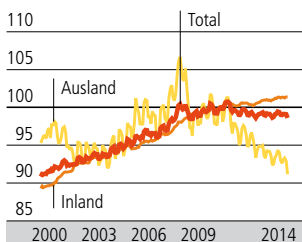
Entwicklung der Konsumentenpreise

Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

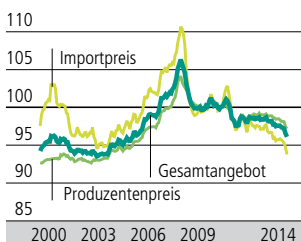
	2010	2011	2012	2013	2014
Total	0,7	0,2	-0,7	-0,2	0,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-1,1	-3,3	-1,0	1,2	0,9
Alkoholische Getränke und Tabak	1,2	1,7	1,1	1,3	1,0
Bekleidung und Schuhe	1,1	1,4	-6,0	-3,7	-1,3
Wohnen und Energie	2,4	2,4	0,8	0,1	1,0
Hausrat und laufende Haushaltsführung	-0,4	-1,3	-1,9	-1,6	-1,0
Gesundheitspflege	-0,2	-0,2	-0,3	-0,9	-0,9
Verkehr	2,4	1,1	-2,2	-0,9	-1,2
Nachrichtenübermittlung	-1,4	0,1	-0,6	-2,3	-2,3
Freizeit und Kultur	-2,1	-3,3	-2,8	0,0	0,1
Erziehung und Unterricht	1,2	1,4	1,7	1,7	1,6
Restaurants und Hotels	0,8	1,5	0,7	0,7	0,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	1,3	0,2	0,1	0,6	-0,8

Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter

115 Index, Dezember 2010 = 100

**Produzenten- und Importpreisindex**

115 Index, Dezember 2010 = 100

**Preisniveauidizes im internationalen Vergleich 2013**

EU-28 = 100

	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	148	105	113	101
Tatsächlicher Individualverbrauch	161	102	111	103
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	150	108	108	112
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	120	90	108	98
Bekleidung und Schuhe	120	103	104	107
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	188	107	116	96
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	123	99	111	103
Gesundheitspflege	208	105	118	111
Verkehr	116	103	103	100
Nachrichtenübermittlung	129	95	99	124
Freizeit und Kultur	137	104	107	102
Erziehung und Unterricht	257	109	114	95
Gaststätten und Hotels	152	97	111	111
Sonstige Waren und Dienstleistungen	148	99	112	102
Tatsächlicher Kollektiververbrauch	167	116	125	114
Bruttoanlageinvestitionen	139	116	116	89
Maschinen und Geräte	118	99	102	100
Baugewerbe	175	133	127	83
Software	103	103	99	107

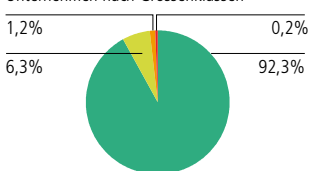
Mehr als 99% der Unternehmen sind KMU

Über 99% aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU: kleine und mittlere Unternehmen, d.h. solche mit weniger als 250 Beschäftigten. Der Anteil der Mikrounternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) ist 2012 im Dienstleistungssektor grösser als im Sekundärsektor (93,4% gegenüber 82,6%). Entsprechend unterschiedlich ist auch die durchschnittliche Unternehmensgrösse (Dienstleistungssektor: 8 Beschäftigte; Sekundärsektor: 12 Beschäftigte). Insgesamt sind von den Beschäftigten etwa zwei Drittel in KMU tätig, etwa ein Drittel in grossen Unternehmen (ab 250 Beschäftigte). Etwas weniger als ein Drittel der Arbeitsplätze (28%) entfällt auf Mikrounternehmen, rund ein Fünftel (19%) auf Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten.

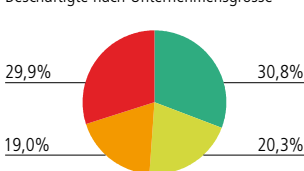
2012 betrug bei den marktwirtschaftlichen Unternehmen der Anteil des Tertiärsektors an der Gesamtbeschäftigung 70%. Insgesamt gab es in marktwirtschaftlichen Unternehmen rund 162 000 Beschäftigte im primären, 1 095 000 im sekundären und 2 996 000 im tertiären Sektor. Am meisten Beschäftigte zählt bei den marktwirtschaftlichen Unternehmen der Detailhandel und das Gesundheitswesen (rund 360 000, resp. 348 000 Beschäftigte).

Unternehmensgrösse¹ 2012

Unternehmen nach Grössenklassen



Beschäftigte nach Unternehmensgrösse



0–9

10–49

50–249

250+

¹ Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

gemäss NOGA 2008, in 1000	2012	
	Unternehmen	Beschäftigte
Total	557,8	4 252,9
Sektor 1	56,7	162,3
Sektor 2	90,0	1 094,9
davon:		
Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakerzeugnissen	3,1	82,7
Herstellung von Textilien und Bekleidung	2,6	14,4
Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen	10,3	76,2
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	0,2	40,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,9	88,2
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und Uhren	2,3	113,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0,9	38,4
Energieversorgung	0,7	29,9
Hoch- und Tiefbau	8,0	109,2
Sektor 3	411,1	2 995,7
davon:		
Grosshandel	24,4	227,4
Detailhandel	38,0	360,0
Beherbergung	5,6	76,0
Gastronomie	23,2	160,8
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	14,7	81,7
Erbringung von Finanzdienstleistungen	6,3	197,9
Architektur- und Ingenieurbüros	23,6	114,9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	3,8	21,4
Gesundheits- und Sozialwesen	56,5	503,7

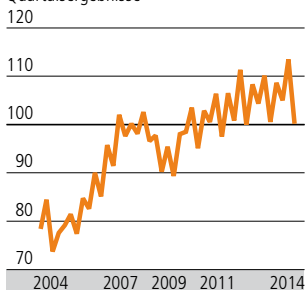
Neugründungen von Unternehmen 2012

Wirtschaftsabteilungen (NOGA 2008)	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	11 891	21 002	13 604	7 398
Sektor 2	2 172	4 606	3 665	941
Industrie und Energie	604	1 092	776	316
Baugewerbe	1 568	3 514	2 889	625
Sektor 3	9 719	16 396	9 939	6 457
Handel und Reparaturen	2 164	3 571	2 155	1 416
Verkehr und Lagerei	316	579	440	139
Gastgewerbe, Beherbergung	238	695	303	392
Information und Kommunikation	934	1 535	989	546
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	608	1 126	841	285
Immobilienwesen, wirtschaftliche Dienstleistungen	1 234	2 162	1 255	907
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	2 986	4 536	2 928	1 608
Unterrichtswesen	199	262	105	157
Gesundheits- und Sozialwesen	438	922	386	536
Kunst, Unterhaltung und Erholung	232	436	220	216
Sonstige Dienstleistungen	370	572	317	255

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 2010=100

Quartalsergebnisse



Insgesamt ist die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) zwischen 2004 und 2013 um 35% gewachsen. Die Entwicklung ist stark konjunkturabhängig. In den Jahren 2005 bis 2007 stieg die Produktion mit der guten Konjunkturlage deutlich an. In Folge der globalen Finanzkrise brach sie Ende 2008 ein. Doch die Lage begann sich 2010 zu verbessern. Die Schweizer Produktion erreichte 2010 erneut den Indexstand von 2007.

Detailhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

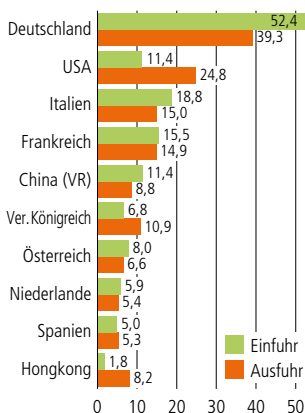
		2009	2010	2011	2012	2013
		nominal	real	nominal	real	nominal
Total	nominal	-0,2	1,9	-1,2	1,0	0,4
	real	0,4	3,2	1,2	3,4	1,6
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke,	nominal	1,6	2,3	-0,5	1,7	2,3
Tabak und Raucherwaren	real	1,4	3,1	2,1	2,4	1,1
Bekleidung, Schuhe	nominal	-1,6	2,0	-4,0	-2,3	-2,0
	real	-4,1	0,9	-5,6	4,0	1,9
Treibstoffe	nominal	-15,2	2,2	4,7	6,9	1,9
	real	-2,9	-5,7	-1,4	2,5	4,2
Total ohne Treibstoffe	nominal	0,7	1,9	-1,6	0,7	0,3
	real	0,7	2,9	0,6	3,2	1,3

Arbeitskosten

Die Arbeitskosten entsprechen den von den Unternehmen für den Produktionsfaktor Arbeit aufgewendeten Kosten. Sie machen im Allgemeinen einen grossen Anteil der Produktionskosten für Güter und Dienstleistungen aus. Die Arbeitskosten setzen sich aus Bruttolöhnen und Gehältern (79,1%), Sozialbeiträgen der Arbeitgeber (17,6%) und weiteren, insbesondere mit der beruflichen Bildung und Personalrekrutierung verbundenen Kosten (3,3%) zusammen. 2012 lagen die durchschnittlichen Kosten pro Arbeitsstunde für die Unternehmen im sekundären und tertiären Sektor gesamthaft bei 61.30 Franken. Die Arbeitskosten sind einer der wichtigsten Indikatoren zur Einschätzung der Attraktivität der verschiedenen nationalen Wirtschaftsstandorte und können je nach Land stark variieren. Die durchschnittlichen stündlichen Arbeitskosten erreichten in der Schweiz im Jahr 2012 aufgrund der Frankenstärke (Eurokurs 2012: 1.21 Franken) in Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten einen Wert von 51.25 Euro. In den Nachbarländern Österreich, Deutschland und Frankreich kostete eine Arbeitsstunde 29.75 Euro, 30.50 Euro bzw. 34.25 Euro.

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2013

in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind 2013 die Industrieländer, mit denen 72,6% der Wareneinfuhren und 81,5% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (54,8% der Ausfuhr, 72,7% der Einfuhr).

Aussenhandel: die wichtigsten Güter

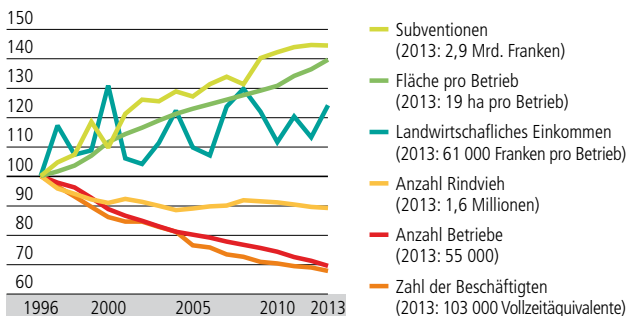
in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2012	2013	1990	2012	2013
Total	96 611	185 409	186 298	88 257	211 808	212 353
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	13 306	14 055	2 998	8 656	9 201
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	8 718	8 904	4 984	3 114	3 097
Chemikalien	10 625	39 369	41 849	18 422	79 012	80 934
Metalle	9 025	13 811	14 119	7 537	11 933	12 082
Maschinen, Elektronik	19 794	29 365	30 237	25 527	33 307	33 305
Fahrzeuge	10 230	17 074	15 854	1 485	5 095	5 252
Instrumente, Uhren	5 786	19 022	19 149	13 330	44 040	45 315

Die Landwirtschaftsflächen und die Flächen mit Wald und Gehölzen machen 36% respektive 31% der Schweizer Landesfläche aus. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit, der landschaftlichen Vielfalt und der Biodiversität bei. 2013 betrug der Anteil der beiden Branchen an der Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft 0,7%.

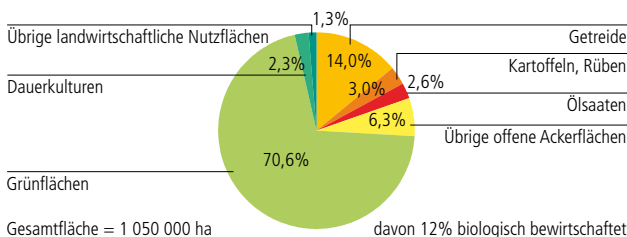
Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft

Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2013

ohne Sommerweiden



Produktionswert¹

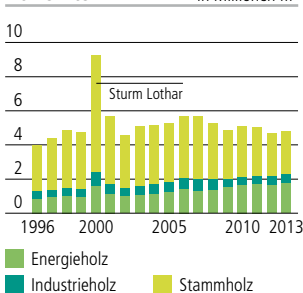
der Landwirtschaft 2014

	in %
Pflanzliche Erzeugung	39,7
Getreide	3,6
Futterpflanzen	8,7
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	13,2
Obst und Weintrauben	5,4
Wein	3,9
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	5,0
Tiere und tierische Erzeugnisse	49,7
Rinder	12,4
Schweine	9,5
Milch	22,1
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	5,6
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	6,5
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	4,1

¹ Gesamtwert = 10,6 Milliarden Franken

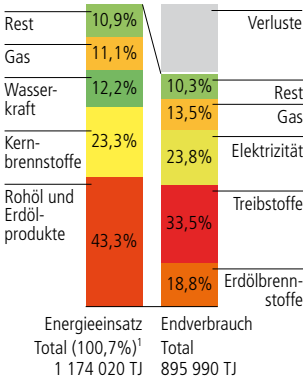
Holzernte

in Millionen m³



► www.statistik.admin.ch → Themen → Land- und Forstwirtschaft

Energieeinsatz und Endverbrauch 2013

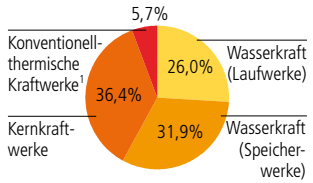


¹ Inkl. Ausfuhrüberschuss an Elektrizität (0,7%)

Wachsender Verbrauch

Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen zu einem Mehrverbrauch an Energie – sofern dieser nicht durch eine verbesserte Energieeffizienz kompensiert wird. 2013 war der Verkehr mit über einem Drittel des Endenergieverbrauchs die grösste Verbrauchergruppe. Zwei Drittel des Endverbrauchs wurde mit fossilen Energieträgern gedeckt und 21,1% stammte aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Elektrizitätsproduktion 2013 nach Kraftwerkategorie



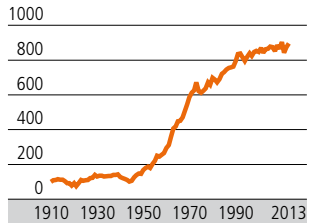
Total: 68,3 Mrd. kWh

¹ Inkl. Fernheizkraftwerke und diverse erneuerbare Energien

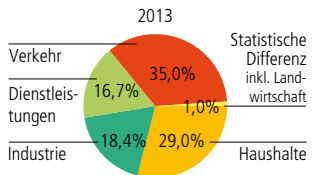
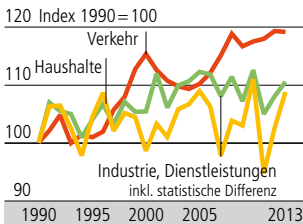
Erneuerbare Energien 2013

Anteil am Endverbrauch	in %
Total	21,12
Wasserkraftnutzung	12,74
Sonnenenergienutzung	0,43
Umweltwärmenutzung	1,52
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	4,80
Windenergienutzung	0,03
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,28
Energienutzung aus Abwasserreinigungsanlagen	0,21
Nutzung biogener Treibstoffe	0,10

Endenergieverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Energie

► www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

Bauausgaben	in Millionen Franken, zu Preisen von 2000				
	1980	1990	2000	2010	2013
Total	34 198	47 588	43 708	49 240	52 548
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	15 958	17 017
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	9 649	10 119
davon Strassen	5 221	4 739	4 392
Hochbau	4 599	6 767	5 923	6 309	6 899
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	33 281	35 531
davon Wohnen	17 147	22 995	24 423

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2010	2013
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	14 736	12 966
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	9 387	7 779
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	43 632	46 868
1 Zimmer	2 122	2 010	528	725	1 507
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	3 913	6 619
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	10 608	12 919
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	15 438	15 281
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	12 948	10 542

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2010	2013
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	4 079 060 ²	4 234 906
davon leer stehend in %	0,74	0,55 ¹	1,26 ¹	0,94 ¹	0,96 ¹

¹ Am 1. Juni des Folgejahres

² Ab dem Jahr 2009 resultiert der Wohnungsbestand aus der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

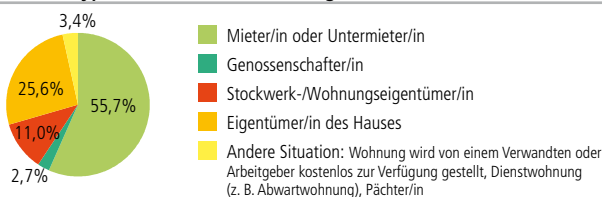
Trend zu Einfamilienhäusern

Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2013 von 40% auf 58% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind 2013 60% Einfamilienhäuser.

Stetige Zunahme der Wohneigentumsquote seit 1970

Ende 2012 lebten in der Schweiz 37,2 Prozent der Haushalte in ihrer eigenen Wohnung. Dies entspricht 1 301 944 Haushalten. Seit 1970 ist die Wohneigentumsquote stetig angestiegen (1970: 28,5%; 1980: 30,1%; 1990: 31,3%; 2000: 34,6%). Die Anzahl Wohnungen im Stockwerkeigentum hat am stärksten zugenommen. Deren Zahl ist zwischen 2000 und 2012 von 237 700 auf 391 821 angestiegen (+65%). Die Haushalte, denen das Haus gehört, in dem sich ihre Wohnung befindet, machen jedoch nach wie vor die Mehrheit der Eigentumswohnungen aus (2000: 809 700; 2012: 910 123).

Bewohnertyp der bewohnten Wohnungen 2012



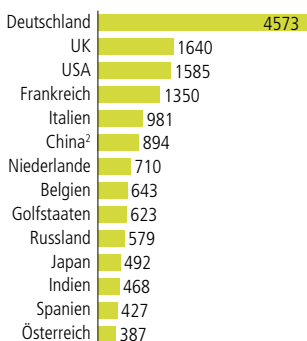
Die Wohnungen, für welche der Bewohnertyp unbekannt ist (1,6%), werden in dieser Grafik nicht berücksichtigt.

Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2011	2012	2013
Angebot (Betten)¹			
Hotels und Kurbetriebe	273 969	271 168	271 298
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	16 229	16 298	16 831
Campingplätze	907	917	891
Jugendherbergen	453	459	480
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	35 486	34 766	35 624
Ausländische Gäste in %	56	55	55
Campingplätze	3 057	2 964	2 864
Ausländische Gäste in %	44	41	41
Jugendherbergen	905	917	947
Ausländische Gäste in %	42	41	42
Aufenthaltsdauer Nächte			
Hotels und Kurbetriebe	2,2	2,1	2,1
Campingplätze	3,4	3,2	3,2
Jugendherbergen	2,0	2,0	2,0
Bruttoauslastung der Hotels und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten ¹	35,5	35,0	36,0
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	15 185	15 097	15 647 ^P
Ausgaben von Schweizern im Ausland	12 128	14 256	14 880 ^P
Saldo	3 058	841	768 ^P

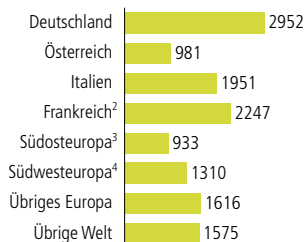
¹ Gesamtzahl der in geöffneten und vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Betten im Jahresdurchschnitt

Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz¹ 2013



1 in 1000, ohne Parahotellerie 2 ohne Hongkong

Ausländische Reiseziele der Schweizer¹ 2013



¹ Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 13,6 Mio.

² Inkl. Übersee-Departemente, Monaco

³ Griechenland, Türkei, Kroatien, Bosnien-Herzegovina, Serbien, Albanien, Slowenien, Montenegro, Kosovo, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien

⁴ Spanien, Portugal, Andorra, Gibraltar

Reiseverhalten

87,5% der in der Schweiz lebenden Personen ab 6 Jahren unternahmen im Jahr 2013 mindestens eine private Reise mit Übernachtungen. Im Durchschnitt unternahm jede Person 3,0 Reisen mit Übernachtungen und 10,5 Tagesreisen. Mehr als die Hälfte (54%) der Reisen mit Übernachtungen waren lange Reisen (4 und mehr Übernachtungen). Auslandsreisen machten 61% der Reisen mit Übernachtungen und 11% der Tagesreisen aus.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Tourismus

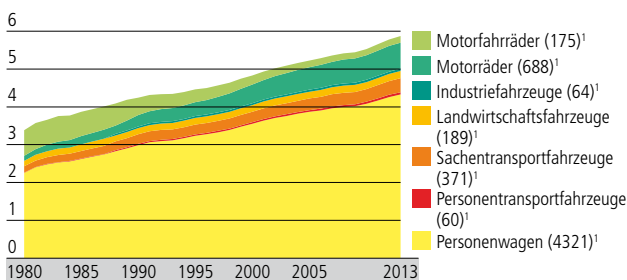
Infrastruktur

Knapp ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 2004/09).

Im Jahre 2013 betrug die Streckenlänge der Nationalstrassen 1812 km (davon 1419 km Autobahnen), die der Kantonsstrassen 17 909 km und jene der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 807 km. Das Schienennetz erstreckte sich 2010 über 5124 km.

Bestand der Strassenmotorfahrzeuge

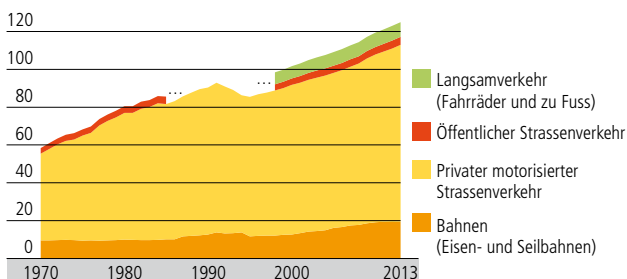
in Millionen



¹ In Klammern: Bestand 2013, in 1000

Leistungen im Personenverkehr

in Mrd. Personen-km/Jahr



Tagesmobilität 2010

Durchschnitt pro Person und Tag¹

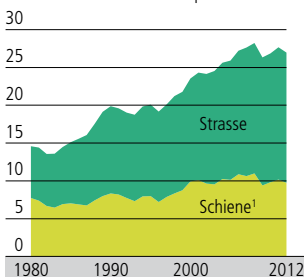
	Tagesdistanz in km	Unterwegszeit in Min. ²		Tagesdistanz in km	Unterwegszeit in Min. ²
Total	36,7	83,4	Verkehrsmittel		
Verkehrszweck			Zu Fuss	2,0	31,4
Arbeit und Ausbildung	10,9	20,5	Fahrrad (Velo)	0,8	3,8
Einkauf	4,7	11,8	Motorfahrrad (Mofa)	0,0	0,2
Service- und Begleitung	1,8	3,1	Motorrad	0,5	0,9
Geschäftliche Tätigkeit,	2,5	3,9	Auto	23,8	33,2
Dienstfahrt			Bus/Tram	1,4	4,8
Freizeit	14,7	40,5	Postauto	0,1	0,3
Andere	2,1	3,6	Bahn	7,1	6,4
			Andere	0,9	2,4

¹ Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 6 Jahren und mehr in der Schweiz

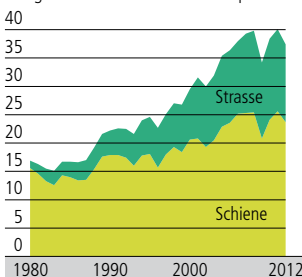
² Ohne Warte- und Umsteigezeiten

Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr



Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr

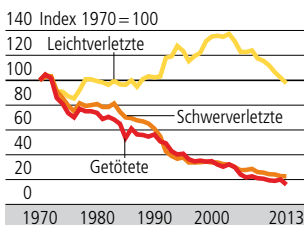


1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

Verunfallte nach Verkehrsträgern 2013

Strassenverkehr	
Getötete Personen	269
Schwerverletzte Personen	4 129
Leichtverletzte Personen	17 250
Eisenbahnverkehr	
getötete Personen	23
Luftverkehr (zivil)	
getötete Personen in der Schweiz	14

Verunfallte im Strassenverkehr

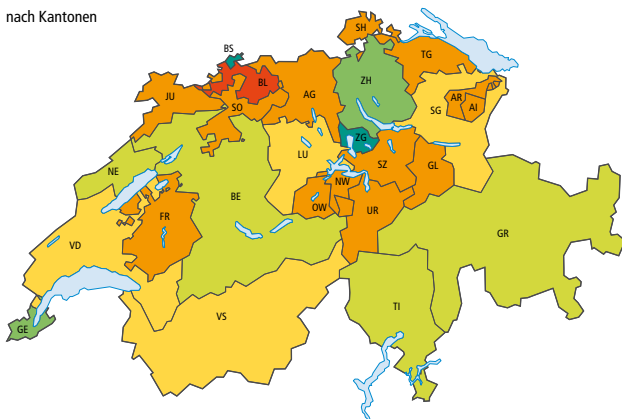


Pendlerverkehr

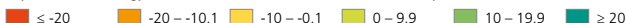
Etwa 9 von 10 Erwerbstätigen in der Schweiz waren 2012 Pendlerinnen bzw. Pendler, d.h. Personen, die zum Aufsuchen des Arbeitsplatzes ihr Wohngebäude verlassen. Hiervon arbeiteten 69% ausserhalb ihrer Wohngemeinde und 19% gar ausserhalb ihres Wohnkantons.

Relativer Pendlersaldo der Kantone, 2012

nach Kantonen



Zupendler minus Wegpendler, in % der im Kanton wohnhaften Arbeitspendler/innen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Mobilität und Verkehr



	Jahr	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner in 1000	2013 ³	8 039	82 021	11 063
Einwohner pro km ²	2012 ³	200	229	85
Anteil Personen unter 20 in %	2013 ³	20,4	18,1	19,6
Anteil Personen über 64 in %	2013 ³	17,4	20,7	20,1
Ausländeranteil (in % der Bevölkerung)	2013 ³	23,5	9,4	7,8
Lebendgeburten, pro 1000 Einwohner	2012	10,3	8,2	9,0
Nichteheliche Geburten in %	2012	20,2	34,5	7,6
Lebenserwartung bei Geburt Frauen in Jahren	2012	84,9	83,3	83,4
Lebenserwartung bei Geburt Männer in Jahren	2012	80,6	78,6	78,0
Gesamtfläche in km ²	2009 ⁴	41 285	357 113	120 168
Landwirtschaftsfläche in % der Gesamtfläche	2009 ⁴	36,9	51,7	35,4
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2009 ⁴	30,8	33,9	33,4
Treibhausgasemissionen in CO ₂ -Äquivalenten, (t pro Einwohner)	2012 ⁴	6,4	11,7	10,0
Erwerbstätigenquote	2013	79,6	73,3	48,8
Erwerbstätigenquote Frauen	2013	74,4	68,8	39,9
Erwerbstätigenquote Männer	2013	84,6	77,7	57,9
Erwerbslosenquote gemäss ILO (15–74)	2013	4,4	5,2	27,5
Frauen	2013	4,5	4,9	31,4
Männer	2013	4,3	5,5	24,5
15–24 Jahre	2013	8,5	7,8	58,3
Langzeiterwerbslosigkeit gemäss ILO (15–74), in %	2013	30,8	44,7	67,1
Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Einwohner, in Kaufkraftstandards (KKS)	2013	40 600	32 000	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	2013	0,1	1,6	-0,9
Bruttoenergieverbrauch, TRÖE ¹ pro Einwohner	2012 ⁴	3,4	4,0	2,5
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch in %	2012 ⁴	19,1	10,4	8,9
Betten in Hotels und Kurbetrieben pro 1000 Einwohner	2013	33,7	22,4	69,9
Personenwagen pro 1000 Einwohner	2012 ⁴	518	523	...
Strassenverkehrsunfälle: Getötete pro 1 Mio. Einwohner	2009 ⁴	46	54	139
Länge des Strassennetzes in km	2012 ⁴	71 520
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2012	24,9	28,3	30,0
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2012	11,4	10,9	9,2
Säuglingssterblichkeit ²	2012	3,6	3,3	2,9
Jugendliche (18–24) ohne nachobligatorische Ausbildung in %	2013	29,2	35,4	18,7
Personen (25–64) mit höchstem Bildungsabschluss auf Tertiärstufe in %	2013	38,9	28,5	27,4
Ausgaben für die Bildung in % des BIP	2011	5,3	5,0	...
Armutrisiko in % der Erwerbsbevölkerung	2013	7,6	8,6	13,0
Median des verfügbaren Äquivalenzeinkommens, in Kaufkraftstandards (KKS)	2013	25 508	19 371	9 087
Wohnkosten in % des verfügbaren Haushaltseinkommens	2013	23,9	28,2	39,9

1 1 Tonne Rohöläquivalenten

2 Im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten

3 Am 1. Januar

4 Am 31. Dezember



Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. Königr.	EU-27
46 704	65 579	59 685	16 780	8 452	9 556	63 896	502 936
93	103	202	497	102	23	263	117
19,8	24,6	18,7	23,1	20,1	22,8	23,7	21,0
17,7	17,6	21,2	16,8	18,1	19,1	17,2	18,2
10,8	6,3	7,4	4,3	11,9	7,0	7,8	4,1
9,7	12,6	9,0	10,5	9,4	11,9	12,8	10,3
39,0	56,7	24,5	46,6	41,5	54,5
85,5	85,4	84,8	83,0	83,6	83,6	82,8	83,1
79,5	78,7	79,8	79,3	78,4	79,9	79,1	77,5
493 501	548 763	301 392	37 357	83 920	449 159	244 436	...
52,9	54,2	51,4	55,0	38,2	8,1	65,1	...
31,9	31,7	33,2	11,9	47,0	66,0	14,8	...
7,3	7,5	7,7	11,4	9,5	6,0	9,1	9,0
54,8	64,1	55,6	74,3	72,3	74,4	70,8	64,2
50,3	60,5	46,5	69,9	67,6	72,5	65,9	58,9
59,2	67,9	64,8	78,7	77,1	76,3	75,6	69,5
26,1	10,3	12,2	6,7	4,9	8,0	7,6	10,8
26,7	10,2	13,1	6,3	4,9	7,9	7,1	10,8
25,6	10,3	11,5	7,1	4,9	8,2	8,0	10,8
55,5	24,8	40,0	11,0	9,2	23,6	20,7	23,4
49,7	40,4	56,9	36,1	24,3	18,5	36,3	47,2
24 500	27 800	25 200	32 600	33 200	32 700	27 200	25 800
1,5	1,0	1,3	2,6	2,1	0,4	2,6	1,5
2,7	3,9	2,7	4,9	4,0	5,2	3,2	3,3
12,6	8,2	12,8	4,3	30,1	37,2	4,1	11,0
40,0	19,2	37,4	14,6	71,2	24,7	...	25,9
476	472	542
68	67	79	41	81	43	43	78
165 595	1 065 557	124 119
25,4	32,1	29,0	31,4	29,3	29,9	28,4	28,4
9,2	11,2	...	11,8	10,4	9,1
3,1	3,5	2,9	3,7	3,2	2,6	4,1	3,8
41,0	18,5	33,4	31,4	25,2	27,0	17,5	28,0
33,7	32,1	16,3	33,9	20,7	37,0	39,6	28,6
4,8	5,7	4,3	5,9	5,8	6,8	6,0	5,3
10,6	8,0	10,7	4,2	7,9	7,1	8,2	9,0
14 238	19 384	15 342	19 360	20 925	20 527	16 469	...
19,5	18,0	17,4	29,8	19,2	22,4	20,7	22,3

Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2013

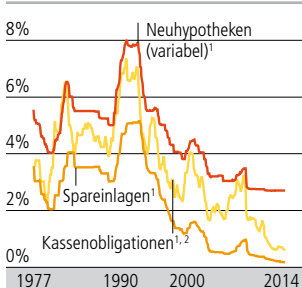
Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2013	in Mio, Fr,	Veränd. ¹	in Mio, Fr,	in Mio, Fr,
Total	625	283	2 849 167	2,6	11 927	1 411
Kantonalbanken	29	24	495 555	2,8	2 300	–
Grossbanken	4	2	1 322 279	–3,1	3 818	–
Regionalbanken und Sparkassen	204	64	106 426	2,0	349	–
Raiffeisenbanken	2	1	173 619	5,4	699	–
Übrige Banken	218	154	607 008	19,9	4 354	1 209
Filialen ausländischer Banken	16	27	78 643	–16,4	224	199
Privatbankiers	22	11	65 636	6,3	183	2

¹ Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Bilanzstruktur der Banken 2013

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	45,0
Flüssige Mittel	14,0
Forderungen aus Geldmarktpapieren	1,4
Forderungen gegenüber Banken	16,2
Forderungen gegenüber Kunden	19,8
Hypothekarforderungen	31,0
Handelsbestände in Wertschriften	5,1
Finanzanlagen	6,6
Beteiligungen	2,3
Sachanlagen	0,9
Übrige	2,8
Passiven	
Total	100
davon Ausland	46,6
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	2,7
Verpflichtungen gegenüber Banken	15,3
Verpflichtungen gegenüber Kunden	70,9
in Spar- und Anlageform	21,1
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	29,0
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	8,6
Kassenobligationen	0,9
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	11,2
Eigene Mittel	5,8
Übrige	5,3

Zinssätze



¹ Bis 2007 Mittelwert aller Kantonalbanken, ab 2008 Mittelwert von 60 Instituten (inkl. aller Kantonalbanken)

² Bis 2007 für 3–8 Jahre Laufzeit, ab 2008 für 5 Jahre Laufzeit

Devisenkurse in der Schweiz ¹

	2009	2011	2013
\$ 1	1,085	0,887	0,927
¥ 100	1,161	1,113	0,951
€ 1	1,510	1,234	1,231
£ 1	1,696	1,421	1,450

¹ Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2013

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen ¹	Ausgaben ¹
Total	119 716	82 106
Leben	35 063	29 532
Unfall und Schaden	49 644	30 558
Rückversicherung	35 009	22 016

¹ Im In- und Ausland

► www.statistik.admin.ch → Themen → Banken, Versicherungen

► www.snb.ch (Schweizerische Nationalbank)

► www.finma.ch (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) → Privatversicherungen

Die drei Ebenen des Systems der sozialen Sicherheit

Das System der sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Diese sind das letzte Glied im System der sozialen Sicherheit. Sie werden erst dann eingesetzt, wenn andere Leistungen z.B. der Sozialversicherungen nicht verfügbar oder ausgeschöpft sind. Ausserdem setzen sie eine Bedarfssituation der Bezügerinnen und Bezüger voraus: Sie werden nur an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen entrichtet.

Der Sozialhilfe vorgelagert, auf Stufe 3 gibt es eine Reihe von weiteren bedarfsabhängigen Sozialleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für die Soziale Sicherheit

2012 betragen die Gesamtausgaben der sozialen Sicherheit 163 Milliarden Franken. Davon entfielen 147 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit).

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

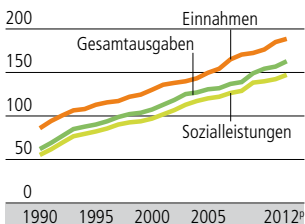
in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen

	1990	1995	2000	2010	2012 ^P
Gesamtausgaben	62,2	90,4	107,4	154,3	162,9
davon Sozialleistungen	55,2	82,3	96,9	139,9	147,4
Einnahmen	86,2	113,0	130,2	176,4	188,9
Sozialausgabenquote ¹	18,2	23,4	24,6	26,7	27,5

¹ Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

in Milliarden Franken



Sozialleistungen nach Funktionen 2012^P

	in %
Alter	42,8
Krankheit, Gesundheitspflege	28,9
Invalidität	10,0
Überleben Hinterbliebener	5,9
Familie, Kinder	5,9
Arbeitslosigkeit	3,4
Soziale Ausgrenzung	2,6
Wohnen	0,5

Ausgaben wofür?

Die Verteilung der Sozialleistungen auf die einzelnen Risiken und Bedürfnisse (Funktionen der Sozialleistungen) ist ausgesprochen ungleich: Über vier Fünftel der Sozialleistungen entfallen auf Alter, Krankheit und Invalidität.

Sozialversicherungen: Bezüger 2013

in 1000

AHV: Altersrenten	2 142,8	BV ² : Invalidenrenten	131,7
AHV: Zusatzrenten	60,0	BV ² : Übrige Renten	67,2
AHV: Hinterlassenenrenten	169,4	IV: Invalidenrente	265,1
EL zur AV ¹	185,8	IV: Zusatzrenten	83,8
EL zur HV ¹	3,6	EL zur IV	111,4
BV ² : Altersrenten	670,4	UV ³ : Hinterlassenenrenten	21,0
BV ² : Witwen- und Witwerrenten	184,5	UV ³ : Invalidenrenten	83,6
		ALV ⁴	296,2

1 Ergänzungsleistungen Altersversicherung/Hinterlassenenversicherung

2 Berufliche Vorsorge (Zahlen 2012)

3 Unfallversicherung

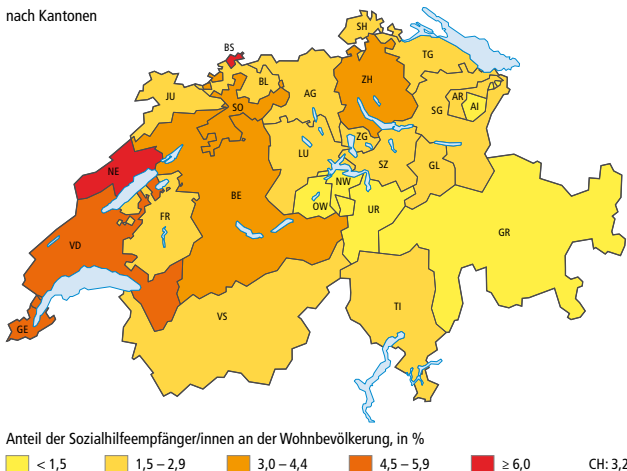
4 Arbeitslosenversicherung

Krankenversicherung

Zwischen 2001 und 2012 sind die durchschnittlichen kantonalen Jahresprämien für die obligatorische Krankenversicherung pro versicherte Person von 1917 auf 3075 Franken gestiegen. 2012 betrug die Jahresprämie für Erwachsene 3633 Franken pro Jahr, für junge Erwachsene 3083 Franken und für Kinder 937 Franken. Zwischen den Kantonen gibt es diesbezüglich jedoch grosse Unterschiede. Im Kanton Basel-Stadt belief sich die Prämie 2012 durchschnittlich auf 4314 Franken und im Kanton Appenzell-Innerrodern auf 2211 Franken.

Sozialhilfequote 2013

nach Kantonen



Steigende Ausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen

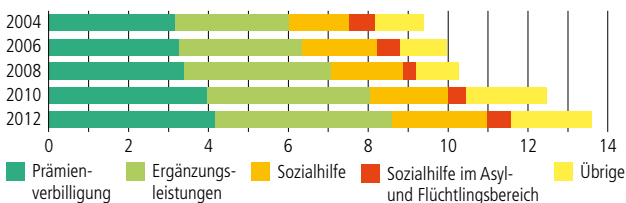
2012 wurden in der Schweiz netto 12,7 Mrd. Fr. für bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgegeben, rund 438 Mio. Fr. mehr als im Vorjahr (+3,6%). Zwei Drittel dieser Ausgaben entfallen auf die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (4,4 Mrd. Fr.) und auf die Krankenkassenprämienverbilligung (4,2 Mrd. Fr.). An dritter Stelle folgt die Sozialhilfe im engeren Sinn mit Nettoausgaben von 2,4 Mrd. Fr. Damit kam es zu einem Anstieg der Sozialhilfeausgaben gegenüber dem Vorjahr um nominal 14,4%.

Die Ausgaben pro Sozialhilfeempfänger/-in stiegen von 8781 Fr. im Jahr 2011 um 7,9% auf 9473 Fr. im Jahr 2012 an.

Hauptträger der bedarfsabhängigen Sozialleistungen sind die Kantone. Sie übernahmen 2012 43,9% der Nettoausgaben, 32,2% gingen zu Lasten des Bundes (v. a. für Prämienverbilligung, EL und Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich) und 23,5% beglichen die Gemeinden.

Nettoausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen

In Mrd. Franken (laufende Preise)



Sozialhilfe

257 192 Personen, 3,2% der Gesamtbevölkerung, mussten 2013 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: Die höchsten Quoten weisen mittelgrosse und grosse Städte mit ausgeprägtem Zentrumscharakter auf. In diesen Städten sind Personengruppen, welche in höherem Ausmass auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, überproportional vertreten. Dazu zählen z.B. Alleinerziehende, Ausländer/-innen und Ausgesteuerte.

Das Sozialhilferisiko unterscheidet sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

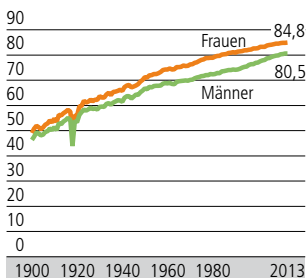
Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Am tiefsten (Sozialhilfequote 0,2%) ist sie bei Personen ab 65 Jahren, die bei Bedarf durch Ergänzungsleistungen unterstützt werden.

Sozialhilfequote 2013

in %

Kategorie	Quote (%)
Total	3,2
Altersklassen	
0–17 Jahre	5,2
18–25 Jahre	4,0
26–35 Jahre	3,8
36–45 Jahre	3,6
46–55 Jahre	3,2
56–64 Jahre	2,5
65–79 Jahre	0,2
80 Jahre und mehr	0,3
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit	2,2
Männer	2,3
Frauen	2,1
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit	6,4
Männer	6,1
Frauen	6,7

Lebenserwartung



Die Lebenserwartung ist im letzten Jahrhundert ausserordentlich gestiegen. Verantwortlich dafür war vor allem der Rückgang der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern. Auch in den letzten Jahren ist die Lebenserwartung immer noch gestiegen: bei den Frauen hat sie seit 1991 um 3,6 Jahre, bei den Männern um 6,4 Jahre zugenommen (2013). Diese sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Selbst wahrgenommener Gesundheitszustand 2012

84% der Männer und 81% der Frauen bezeichneten 2012 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 4% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Im Jahr 2012 konnten wir im Durchschnitt während 13 Tagen aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Arbeit gehen oder waren im Haushalt arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten¹ 2013

Akute gastrointestinale Infektionen	8 739
Meningitis	51
Hepatitis B	65
Tuberkulose	530
AIDS	90

¹ Neuerkrankungen

Unfälle 2013

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	204 292	64 630
Nicht-Berufsunfälle	311 943	204 782

Behinderte¹ 2013

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 820	6 751
50 – 59%	17 451	17 775
60 – 69%	8 262	7 216
70 – 100%	91 402	75 664

¹ Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2012

	Sterbefälle		Sterbeziffer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	30 697	33 476	561,0	376,0
davon:				
Infektiöse Krankheiten	335	417	6,3	4,8
Krebskrankheiten insgesamt	9 024	7 466	168,0	110,0
Kreislaufsystem	9 745	11 929	171,0	112,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 227	3 764	74,6	35,3
Hirngefässkrankheiten	1 454	2 162	24,8	21,0
Atmungsorgane insgesamt	2 057	1 849	35,4	19,5
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 151	1 499	44,7	20,4
Unfälle insgesamt	1 311	1 152	26,1	13,2
Suizid	752	285	16,6	6,0

¹ Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2010	2013
pro 1000 Lebendgeburten	15,1	9,1	6,8	4,9	3,8	3,9

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2012

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingenommen. Im Jahre 2012 konsumierten rund 11% der 15- bis 39-Jährigen Cannabis. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchten 2012 rund 28% der Bevölkerung; 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, jedoch verglichen mit der letzten Gesundheitsbefragung 2007 konstant geblieben. Beim Alkohol ist der Anteil der täglich Konsumierenden auf 13% zurückgegangen (1992: 20%). 17% der Männer und 9% der Frauen nehmen täglich Alkohol zu sich.

Leistungen 2012	in % ¹	
	Männer	Frauen
Arztbesuch	70,9	85,7
Spitelaufenthalt	10,2	13,1
Spitex-Leistungen	1,3	4,2

¹ Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte

je 100 000 Einwohner

	1990	2013
Ärzte mit Praxistätigkeit ¹	153	216
Zahnärzte	48	52

¹ Ab 2008, Ärzte mit Haupttätigkeit im ambulanten Sektor

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2013

	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	10,5	8,7	12,4
60–79-jährig	25,1	27,6	22,9
80+ -jährig	47,1	53,1	43,8

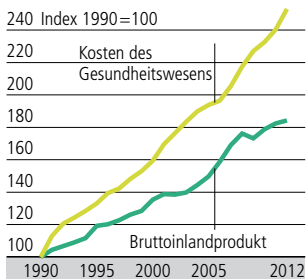
¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen

in 1000

	2008	2013
Anzahl Klienten: Total	186,3	200,8
davon:		
Klienten ≥ 80 Jahre	103,8	111,6
Männer	25,8	29,0
Frauen	77,9	82,6

Gesundheitskosten



2012 sind 10,9% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 7,9%. Ein wesentlicher Grund für diesen

Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielt dagegen das Altern der Bevölkerung.

in Millionen Franken

	2002	2012
Total	47 389	67 982
Stationäre Behandlung	22 419	31 403
Ambulante Behandlung	14 164	22 494
davon:		
Ärzte	6 619	9 613
Zahnärzte	2 979	3 886
Spitex	977	1 848
Andere Leistungen ¹	1 526	2 233
Gesundheitsgüter ²	5 899	7 447
davon:		
Apotheken	3 443	4 351
Ärzte	1 483	1 898
Prävention	1 053	1 452
Verwaltung	2 328	2 954

¹ Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
² Arzneimittel und therapeutische Apparate

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen.

Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich. Im Zuge der Harmonisierung der obligatorischen Schule findet eine Ausdehnung der Schulpflicht von neun auf elf Jahre statt. In den meisten Kantonen ist der Besuch der zuvor fakultativen Vorschulstufe nun obligatorisch. Auch über die obligatorische Schule hinaus, haben in den letzten zwei Jahrzehnten Reformen der nationalen Strukturen stattgefunden (neue Maturitätstypen, die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen wurden eingeführt sowie die Bologna-Reform umgesetzt). Diese Reformen zeichnen sich auch in einer steigenden Nachfrage nach Bildung ab.

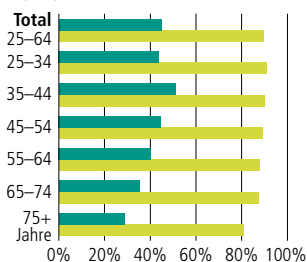
Schüler und Studierende

Schulstufe	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
	2000/01	2005/06	2012/13	2000/01	2005/06	2012/13
Total	1 441,7	1 496,1	1 551,5	47,8	48,1	48,6
Vorschule	156,4	156,1	153,2	48,5	48,4	48,6
Obligatorische Schule	957,2	957,3	895,5	48,7	48,6	48,6
Primarstufe	473,7	454,1	428,6	49,3	49,2	49,0
Sekundarstufe I	278,5	298,4	278,6	49,7	49,6	49,4
Besonderer Lehrplan	48,6	48,7	35,2	37,9	37,7	36,3
Sekundarstufe II	315,7	324,5	358,3	47,8	47,5	47,9
Tertiärstufe	160,5	204,7	279,8	41,9	46,8	49,5
Höhere Berufsbildung	38,7	38,2	57,2	43,1	43,6	45,1
Universitäre Hochschulen	96,7	112,4	138,6	45,6	49,1	50,1
Fachhochschulen (inkl. PH)	25,1	54,1	84,0	25,9	44,4	51,6
Stufe unbestimmt	7,1	9,7	17,8	51,6	49,5	48,5

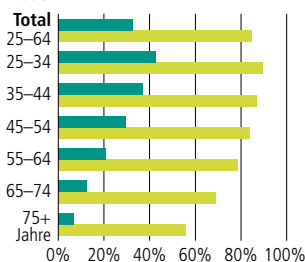
Bildungsstand 2013

Anteil an der Wohnbevölkerung

Männer

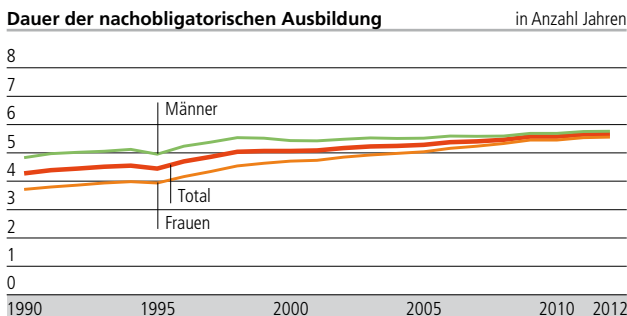


Frauen



■ Tertiärstufe

■ Sekundarstufe II oder höher



Bildungsbeteiligung steigt

Die Bildungsbeteiligung auf der Sekundarstufe II und vor allem auf der Tertiärstufe ist in den letzten dreissig Jahren deutlich gestiegen. Dies betrifft insbesondere auch Ausbildungen, die den Hochschulzugang ermöglichen. So ist die Maturitätsquote (Berufsmaturität und gymnasiale Maturität) von 25,7% im Jahr 2000 auf 36,4% (inkl. Fachmaturität) im Jahr 2013 gestiegen. Auch an den Hochschulen hat sich die Zahl der Abschlüsse zwischen 2000 und 2013 verdreifacht. Dies nicht zuletzt durch die Gründung der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.

Entsprechend dieser Entwicklung wird erwartet, dass sich das Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird. Der Anteil der Personen mit Tertiärabschluss in der Bevölkerungsgruppe der 25- bis 64-Jährigen dürfte von fast 39% im Jahr 2013 bis 2022 auf ein Niveau von 45% steigen.

Geschlechterunterschiede abgebaut

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab. Während sich das Geschlechterverhältnis in den Ausbildungen an den Hochschulen ausgeglichen hat, schliessen immer noch mehr Männer als Frauen eine höhere Berufsbildung ab. Entsprechend sind Männer im Durchschnitt immer noch länger in Ausbildung als Frauen. Umgekehrt sind Mädchen in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie werden seltener in eine Sonderklasse versetzt und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen.

Besonders deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei der Wahl der Fachrichtung, und dies sowohl in der Berufsbildung als auch an den Hochschulen. Verschiedene Zweige werden entweder von Frauen oder von Männern beherrscht, was nicht zuletzt auf Muster alter Rollenverteilungen zurückzuführen ist. In der Berufsbildung überwiegen in Industrie und Handwerk die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. An den Hochschulen zieht es die Männer eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2013

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	18 217	57,6
Berufsmaturitätszeugnisse	13 871	47,6
Fachmaturitätszeugnisse	2 264	82,1
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG ¹	65 757	46,8
Handelsmittelschuldiplome	2 253	49,7
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	7 627	48,6
Eidg. Diplome	2 786	24,9
Eidg. Fachausweise	14 042	38,0
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	387	67,7
Bachelorabschlüsse	13 713	53,1
Masterabschlüsse	11 865	51,4
Doktorate	3 631	43,8
Fachhochschulen (inkl. PH)		
Diplome	886	49,4
Bachelorabschlüsse	14 420	54,5
Masterabschlüsse	3 334	58,9

1 Inkl. Eidg. Berufsatteste

Schulpersonal 2012/13 Hochschulpersonal 2013

	Vollzeit- äquivalente	Frauen in %
Vorschule	8 608	95,8
Obligatorische Schule ¹	59 108	73,1
Primarstufe	28 139	82,3
Sekundarstufe I	22 361	54,1
Sekundarstufe II ²	16 805	41,5
Universitäre Hochschulen	38 748	43,9
Professor/innen	3 609	19,2
übrige Dozierende	2 651	27,3
Assistierende ³	19 699	42,9
Fachhochschulen (inkl. PH)	15 773	44,8
Professor/innen	2 109	32,0
übrige Dozierende	5 285	39,5
Assistierende ³	3 602	42,1

1 Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan, Doppelzählungen möglich

2 Allgemeinbildende und Berufsschulen

3 Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2012

	in Milliarden Franken
Total	34,7
davon Besoldungen Lehrkräfte	16,9
Obligatorische Schule (inkl. Vorschule)	15,0
Sonderschulen	1,9
Tagesbetreuung	0,4
Berufliche Grundbildung	3,5
Allgemeinbildende Schulen	2,3
Höhere Berufsbildung	0,3
Hochschulen	7,6
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,5

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (fast 80% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2011 an mindestens einer Weiterbildungsaktivität teilgenommen. Dabei steht die Integration auf dem Arbeitsmarkt sowie das Bildungsniveau in einem positiven Zusammenhang mit der Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen.

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 2,96% des Bruttoinlandprodukts (2012) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2012 wurden für F+E im Inland rund 18,5 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 69% auf die Privatwirtschaft und weitere 28% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betragen 2012 rund 15 Milliarden Franken und sind im Vergleich zu 13 Milliarden Franken im Inland leicht höher.

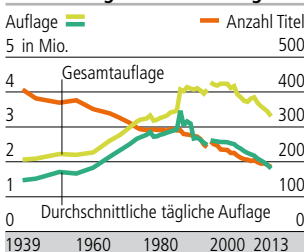
► www.statistik.admin.ch →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Presselandschaft im Umbruch
 Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit knapp 1,6 Mio. Leserinnen und Lesern pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. Auch in der französischsprachigen Schweiz hat sich «20 Minutes» mit 555 000 Leserinnen und Lesern zum meistgelesenen Titel entwickelt. In der italienischsprachigen Schweiz steht mit dem «Corriere del Ticino plus» noch eine Kaufzeitung an der Spitze der Tageszeitungen (130 000 Leser). Die im September 2011 lancierte «20 Minuti» hat allerdings auch bereits beinahe 90 000 Leserinnen und Leser.

Internet und Mobilfunk
 Gegen Ende des 20. Jahrhunderts ging der Aufschwung des Mobilfunks jenem des Internets voraus, bevor die Verlagerung zum mobilen Internet einsetzte. Die Zahl der Mobilfunkanschlüsse stieg von 0,1 Millionen im Jahr 1990 auf 11 Millionen Ende 2013, was 136 Anschlüssen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner entspricht. Während die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (mehrmals pro Woche) von 14 Jahren und mehr 1998 noch 0,7 Millionen betrug, waren es Anfangs 2014 bereits 5,2 Millionen. Die Konvergenz zeigt sich deutlich in der stark wachsenden Anzahl der Mobilfunkteilnehmerinnen und -teilnehmer, die über ein Breitbandanschluss (3G+) auf das Internet zugreifen. Diese ist von 1,2 Millionen im Jahr 2010 auf 3,6 Millionen im Jahr 2014 gestiegen.

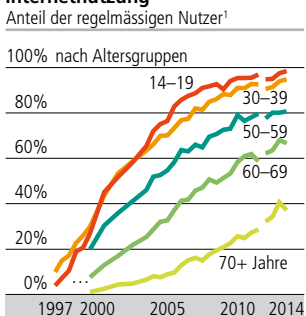
Die zehn grössten Bibliotheken
 Die Zahl der über Bibliotheken zugänglichen Dokumente ist sehr hoch: Im Jahr 2013 besaßen die zehn Bibliotheken mit dem grössten Angebot einen Bestand von mehr als 53 Millionen Exemplaren.

Entwicklung der Kaufzeitungen



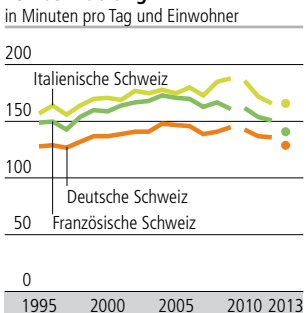
Quelle: Verband Schweizer Medien / WEMF. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise

Internetnutzung



1 Benutzen das Internet mehrmals wöchentlich
 Quelle: Net-Matrix-Base, BFS

Fernsehnutzung



Quelle: Mediapulse AG; seit 2013 Kantar Media, 1983-2012 Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo-So))

Radionutzung

	in Minuten pro Tag und Einwohner		
	2010	2012	2013
Deutsche Schweiz	117	110	109
Französische Schweiz	103	93	89
Italienische Schweiz	106	105	104

Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo-So))

Kulturausgaben der privaten Haushalte

Zwischen 2009 und 2011 wurden durchschnittlich 11,1 Mia. Fr. pro Jahr für die Kultur aufgewendet. Dies entspricht einem Wert von 272 Fr. pro Monat und Haushalt und einem Anteil von ca. 5% der gesamten Konsumausgaben. Ausgaben im Medienbereich – beispielsweise für Zeitungen, Bücher, Fernseh- und Internetabonnemente sowie für Abspiel- und Empfangsgeräte – machten mit 78%, beziehungsweise 8,7 Mia. Fr., einen Grossteil der gesamten Kulturausgaben aus. Wird der Bereich der Medien ausgeklammert, wurde mit 745 Mio. Fr. am meisten für Theater und Konzerte ausgegeben.

Kulturfinanzierung durch die öffentliche Hand

Im Jahr 2012 gingen ein Fünftel der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierungsbeiträge des Bundes, der Kantone und der Gemeinden (584 Mio. Franken) an den Bereich «Konzert und Theater». Für «Museen und bildende Kunst» wurden 553 Mio. Franken eingesetzt. Dahinter folgten die Bereiche «Bibliotheken», «Denkmalpflege und Heimatschutz», «Massenmedien» sowie «Film und Kino» mit Beiträgen über 344, 270, 152 und 64 Mio. Franken.

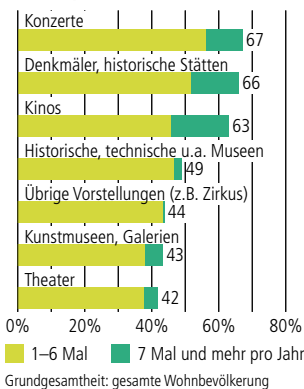
Die Schweizer Kinolandschaft

Seit dem Höhepunkt 1963 und 1964 (646 Kinos, rund 40 Mio. Eintritte) hat die Zahl der Kinosäle und der Zuschauerinnen und Zuschauer bis Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich abgenommen. Ein erster Tiefstand wurde 1992 mit 302 Kinos (382 Sälen) und 15 Mio. Eintritten erreicht. Mit dem Entstehen von Kinokomplexen und Multiplexkinos hat sich die Zahl der Kinosäle seit 1993 wieder erhöht, nicht aber diejenige der Zuschauer (2013: 533 Säle und 13,7 Mio. Eintritte). Mit der Digitalisierung hat sich auch das Filmangebot stark verändert. Zu Beginn der 2000er Jahre wurden in der Schweiz jährlich gegen 1300 Filme vorgeführt; heute bewegt sich diese Zahl um 1700. Der Anteil an Schweizer Filmen ist dabei von rund 10% auf knapp 14% angestiegen.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft

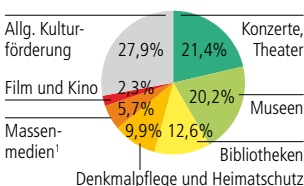
Kulturverhalten

Besuchsquoten 2008



Verwendung der öffentlichen Ausgaben nach Kulturbereich 2012

Gemeinden, Kantone und Bund



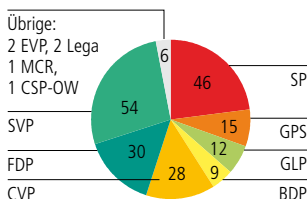
¹ inkl. Forschung und Entwicklung in Kultur und Medien (0,13%)

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)

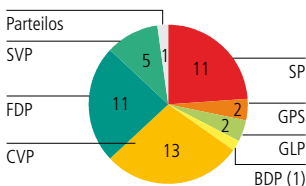
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2009: 2 FDP, 2 SP, 1 CVP, 1 SVP, 1 BDP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2011: Mandate



Ständerat 2011: Mandate



Nationalratswahlen 2011

	Parteistärke in %	Mandate	Frauen	Männer	Frauenanteil in %
FDP	15,1	30	7	23	23,3
CVP	12,3	28	9	19	32,1
SP	18,7	46	21	25	45,7
SVP	26,6	54	6	48	11,1
GLP	5,4	12	4	8	33,3
BDP	5,4	9	2	7	22,2
GPS	8,4	15	6	9	40,0
Kleine Rechtsparteien ¹	2,7	3	1	2	33,3
Übrige ²	5,4	3	2	1	66,6

¹ SD, EDU, Lega (2 Mandate, 1 Frau), MCR (1 Mandat)

² EVP (2 Mandate, 2 Frauen), CSP, PdA, Sol., Splittergruppen (CSP-OW 1 Mandat)

Abkürzungen siehe unten

Nationalratswahlen 2011

Bei den Nationalratswahlen 2011 hat die Entwicklung des Parteiensystems der letzten Jahrzehnte eine Änderung erfahren. Zwar hielt der Prozess, wonach die traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und CVP an Parteistärke verlieren, weiter an. Von diesen Verlusten profitierten erstmals seit langem nicht mehr die SVP, sondern die jungen Parteien GLP und BDP.

Diese Parteien waren die klaren und einzigen Gewinnerinnen der Nationalratswahlen 2011. Fast alle anderen Parteien gehörten dagegen mehr oder weniger ausgeprägt zu den Verliererinnen. Am stärksten traf es die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP sowie die Grünen.

Abkürzungen der Parteien

FDP FDP. Die Liberalen¹

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

GLP Grünliberale Partei

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

Sol. Solidarität

GPS Grüne Partei der Schweiz

SD Schweizer Demokraten

EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

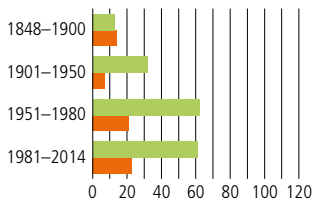
Lega Lega dei ticinesi

MCR Mouvement Citoyens Romands

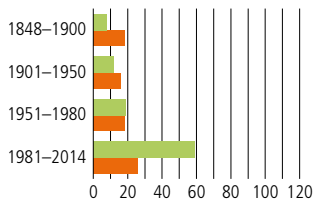
¹ 2009: Fusion von Freisinnig-Demokratischer Partei der Schweiz (FDP) und LPS unter der Bezeichnung «FDP. Die Liberalen»

Eidgenössische Volksabstimmungen

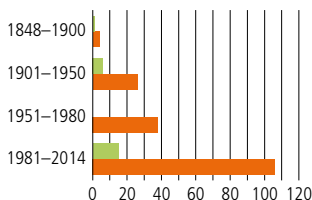
Obligatorische Referenden¹



Fakultative Referenden



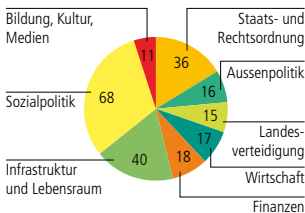
Volksinitiativen²



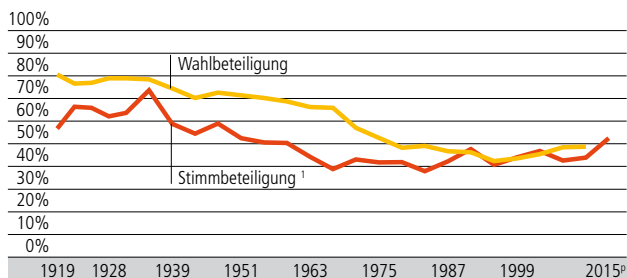
■ Angenommen ■ Verworfen

1 Inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen
2 Inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Themen 1991–2014



Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



¹ Es handelt sich um Durchschnittswerte für die Urnengänge, welche im Zeitraum von zwei Jahren vor bis zwei Jahre nach den jeweiligen Nationalratswahlen stattfanden. Bis 1931 eineinhalb vor bis eineinhalb Jahre nach den Wahlen, entsprechend dem damals üblichen dreijährigen Rhythmus.

Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung setzte nach 1967 ein, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte seit 1990 auf eine minimale Beteiligung von 28% und eine maximale von 79%. Ab dem Jahr 2000 hat sich die Beteiligung sowohl bei Wahlen wie auch bei Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu (45%).

Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte							in Milliarden Franken		
	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2010	2013 ²	2000	2010	2013 ²	2000	2010	2013 ²
Total¹	163,9	192,6	205,1	152,2	190,6	202,1	11,8	2,1	2,9
Bund	52,0	62,9	66,3	48,2	60,0	63,9	3,8	2,9	2,4
Kantone	63,2	77,5	81,4	60,3	76,5	82,7	2,8	1,0	-1,3
Gemeinden	42,1	42,7	45,0	40,6	43,2	45,3	1,5	-0,6	-0,3
Sozialversicherungen	44,5	53,6	59,7	41,1	54,9	57,5	3,4	-1,3	2,1

¹ Doppelzählungen im Total nicht enthalten

² Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte						in Milliarden Franken
	1990	2000	2010	2011	2012	2013 ³
Total¹	104,8	220,4	208,2	208,0	216,1	218,9
Bund	38,1	108,1	110,0	110,2	112,3	111,8
Kantone	29,2	63,1	52,5	51,3	50,9	58,8
Gemeinden	37,4	49,1	45,8	46,4	46,6	47,8
Sozialversicherungen	0,1	5,8	7,4	6,1	6,3	4,8

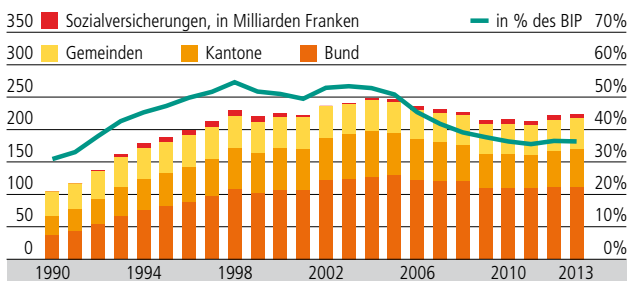
Pro Einwohner, in Franken ²	15 503	30 595	26 456	26 148	26 265	26 898
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

¹ Doppelzählungen im Total nicht enthalten

² Zu laufenden Preisen

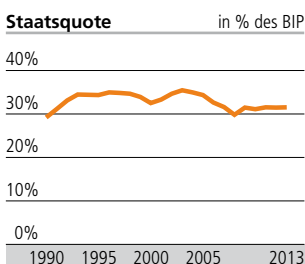
³ Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte



Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO inkl. Mutterschaftsversicherung und ALV).

Trotz beträchtlichem Anstieg seit 1970 ist die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut positioniert: Sie hat eine der niedrigsten Staatsquoten aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.



Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der bis Mitte 2008 andauernden konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte im Zeitraum 2005 bis 2011 ihre Bruttoschulden kontinuierlich zu reduzieren, 2012 stieg die Verschuldung erstmals wieder. Die Schuldenquote betrug Ende 2013 34,5%.

Einnahmen der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken. Nach Abzug der Doppelzählungen

	2010	2011	2012
Total	192,6	199,4	199,5
Ordentliche Einnahmen	192,6	199,1	198,8
Betriebliche Einnahmen	182,2	188,0	188,4
Fiskaleinnahmen	161,0	166,3	167,8
Regalien und Konzessionen	3,9	4,0	2,7
Entgelte	16,4	16,7	16,8
Verschiedene Einnahmen	0,2	0,2	0,2
Transfereinnahmen	0,7	0,7	0,9
Finanzeinnahmen	8,4	8,6	8,2
Investitionseinnahmen	2,0	2,5	2,2
Ausserordentliche Einnahmen	0,0	0,3	0,7
Ausserordentlicher Ertrag	0,0	0,0	0,7
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	–	0,3	0,0

Ausgaben der öffentlichen Haushalte, nach Funktionen

in Milliarden Franken. Nach Abzug der Doppelzählungen

	2010	2011	2012
Total	190,6	197,6	199,2
Allgemeine Verwaltung	14,1	17,0	16,5
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	14,4	15,1	15,1
Bildung	32,8	33,9	34,7
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	5,0	5,1	5,1
Gesundheit	11,4	12,1	13,7
Soziale Sicherheit	74,9	75,5	77,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,6	17,9	16,8
Umweltschutz und Raumordnung	6,1	6,0	6,1
Volkswirtschaft	7,5	7,5	7,6
Finanzen und Steuern	7,8	7,5	6,4

Kriminalitätszahlen sind nur bedingt ein direkter Ausdruck der Verhaltensrealität: Zum einen unterliegen strafrechtliche Normen und Massnahmen dem gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen werden die Kriminalitätszahlen auch stark beeinflusst durch personelle Ressourcen, Verfolgungsprioritäten, die Effizienz von Polizei und Justiz und die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Wie weit Veränderungen in den Kriminalitätszahlen jeweils durch welche Ursachen bedingt sind, ist in der Regel schwer zu ermitteln.

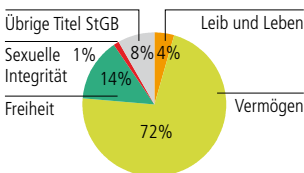
Verzeigungen

Im Jahr 2013 wurden gesamthaft 475 077 Kriminalfälle mit 725 687 Straftaten registriert. Von diesen Straftaten entfielen 79% auf das Strafgesetzbuch (StGB), 13% auf das Betäubungsmittelgesetz (BetmG), 6% auf das Ausländergesetz (AuG) und 2% auf weitere Bundesneben Gesetze.

Die Aufklärungsquote lag bei Tötungsdelikten bei 93%, bei Vermögensstraftaten bei 17%.

Die Aufschlüsselung der Beschuldigten nach Nationalität und Aufenthaltsstatus zeigt, dass im StGB-Bereich 46%, im BetmG 55% und bei den übrigen Bundesneben Gesetzen 58% schweizerischer Staatszugehörigkeit waren. Ausländer mit Wohnsitz machten 29%, 21% und 22% der Beschuldigten aus, was bedeutet, dass ein gewichtiger Teil der Ausländerdelinquenz «importiert» ist, nämlich 26% (StGB), 25% (BetmG) und 19% (übrige). Im Bereich des Ausländergesetzes machten die nicht in der Schweiz wohnhaften Beschuldigten 85% aus.

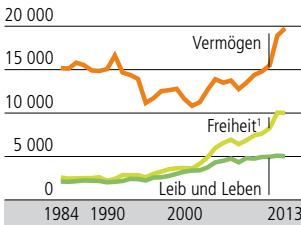
Straftaten nach Titeln des Strafgesetzbuches 2013



Verurteilungen

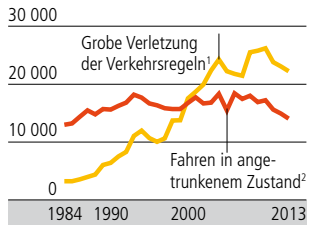
Wurden Mitte der 1980er Jahre gesamthaft etwas über 45 000 Verurteilungen gegen Erwachsene gezählt, so hat sich deren Zahl mehr als verdoppelt und liegt 2013 bei rund 109 300. Die Entwicklung läuft je nach dem den Verurteilungen zu Grunde liegenden Gesetz sehr unterschiedlich. Im Bereich des StGB wurde in den letzten zwei Jahren zu einer Zunahme von 21% registriert. Beim Strassenverkehrsgesetz (SVG) haben über eine längere Zeit betrachtet die immer intensiveren Strassenverkehrskontrollen zu mehr abgeurteilten Fällen geführt. Im Betäubungsmittelbereich ist die Lage seit einigen Jahren stabil. Bei den abgeurteilten Verstössen gegen das Ausländergesetz kam es 2013 erneut zu einem Anstieg bei den Verurteilungen (+12%).

Ausgewählte Straftaten StGB



1 Drohung, Nötigung, Menschenhandel, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Hausfriedensbruch

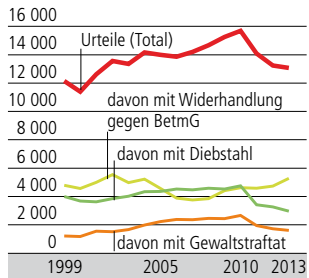
Ausgewählte Straftaten SVG



1 Art. 90 Ziff. 2 SVG
2 Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs.1 2^{er} Satz SVG)

Jugendstrafurteile

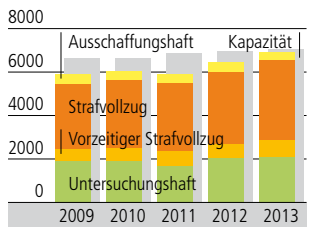
Die Entwicklung der Jugendstrafurteile zeigt eine sinkende Tendenz (2010 bis 2013: -17%). Die Anzahl der Drogenfälle und die der Strassenverkehrsfälle sind stabil. Die des Diebstahls und der minderschweren Gewaltdelikte haben abgenommen. Die schweren Gewaltdelikte sind auf tiefem Niveau stabil.



Freiheitsentzug

In der Schweiz gab es 2013 110 (meist kleinere) Einrichtungen des Freiheitsentzugs mit insgesamt 7048 Plätzen. Am Stichtag, dem 4. September 2013, waren 7072 Plätze belegt. Somit lag die gesamte Belegungsrate bei knapp über 100%. Von den 7072 Insassen waren 63% im Strafvollzug, 30% in Untersuchungshaft, 5% wegen Zwangsmassnahmen nach dem Ausländergesetz und die übrigen 2% aus anderen Gründen inhaftiert.

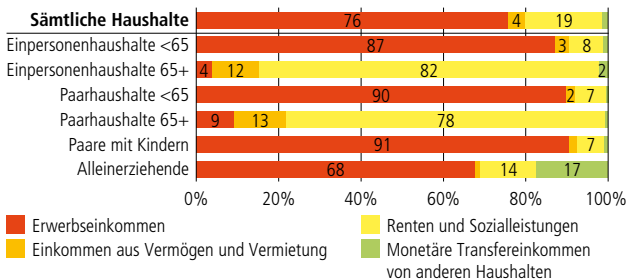
Insassenbestand nach Haftform



Rückfall

Die Wiederverurteilungsrate der 2009 wegen Verbrechen und Vergehen verurteilten Erwachsenen lag, bei einem Beobachtungszeitraum von 3 Jahren (d.h. bis 2012), bei 23%, diejenige von Jugendlichen bei 34%. Die höchsten Wiederverurteilungs-raten hatten Personen mit zwei und mehr Vorstrafen (Erwachsene: 60%; Jugendliche: 68%).

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp 2009–2011



Haushaltsbudget: Einkommen

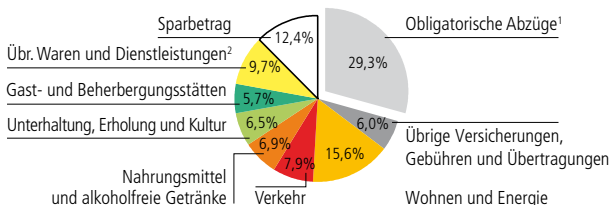
Über sämtliche Haushalte gemittelt stellen die Erwerbseinkommen mit 76% den Hauptpfeiler des Haushaltseinkommens dar. Der zweite wichtige Pfeiler bilden die Renten aus der 1. und 2. Säule sowie weitere Sozialleistungen mit 19%. Die restlichen Anteile bilden Vermögenseinkommen sowie Übertragungen von anderen Haushalten.

Das Bild wird differenzierter, wenn die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens nach Haushaltstyp betrachtet wird. Dabei zeigt sich, dass beispielsweise bei Haushalten ab 65 Jahren die Renteneinkommen zwar dominieren, die Erwerbseinkommen und vor allem die Vermögenseinkommen aber eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die Einkommen aus Überweisungen von anderen Haushalten schliesslich stellen nur bei spezifischen Haushaltstypen eine wichtige Einkommensquelle dar wie beispielsweise bei den Alleinerziehenden mit 17%.

Haushaltsbudget: Ausgaben

Auf der Ausgabenseite variiert die Zusammensetzung weniger ausgeprägt. Den grössten Posten bilden mit 29% des Bruttoeinkommens die obligatorischen Abzüge. Den grössten Posten im Bereich der Konsumausgaben bilden Ausgaben fürs Wohnen mit 16%. Weitere grössere Posten bilden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, für Verkehr sowie für Unterhaltung, Erholung und Kultur. Nach Abzug sämtlicher Ausgaben bleiben im Durchschnitt 12% des Bruttoeinkommens als Sparbetrag übrig. Je nach Haushaltstyp zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede. Haushalte ab 65 Jahren weisen im Durchschnitt einen tieferen Sparbetrag auf als jüngere. Manchmal liegt dieser sogar im Minus. Das heisst, diese Haushalte leben unter anderem vom Vermögen.

Zusammensetzung des Haushaltsbudgets 2009–2011

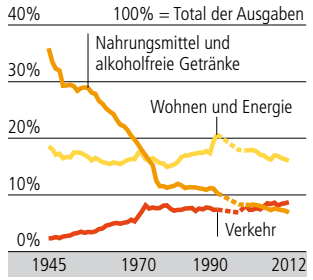


¹ Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankenkassengrundprämien, Transfers an andere Haushalte
² Abzüglich sporadische Einkommen

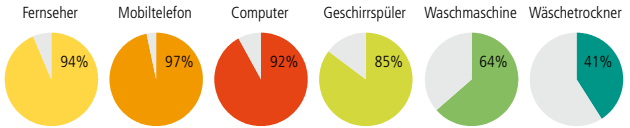
Die Haushaltsausgaben im Verlaufe der Zeit

Die Zusammensetzung der Haushaltsausgaben hat sich im Verlaufe der Zeit stark geändert. Diese Veränderungen sind deutlich grösser als die Unterschiede zwischen den Haushalten heute. So ist zum Beispiel der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von 35% am Total der Ausgaben im Jahr 1945 auf 7% heutzutage zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf knapp 9%.

Entwicklung ausgewählter Haushaltsausgaben



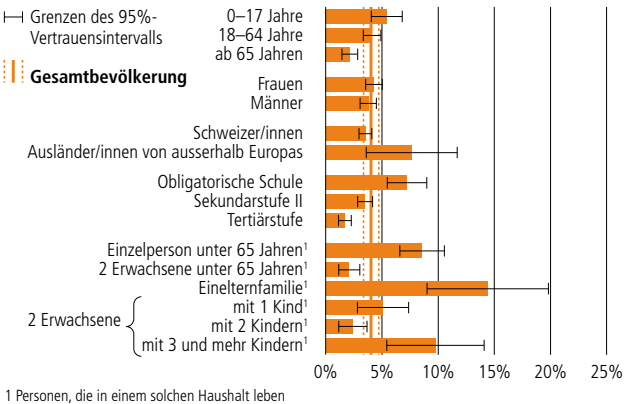
Ausrüstung mit ausgewählten Konsumgütern 2012



Ausrüstung mit Konsumgütern

Die Darstellung der Ausrüstung mit einer Auswahl von dauerhaften Konsumgütern zeigt, dass Haushalte in der Schweiz im Bereich der Güter der Informationstechnologien recht gut ausgestattet sind. So leben 92% aller Personen in einem Haushalt, der über einen Computer verfügt, und 97% in einem mit Mobiltelefon. Diese Anteile sind nach wie vor im Steigen: 1998 lebten erst 55% aller Personen in einem Haushalt mit Computer. Auch im Bereich der Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Waschmaschine und Wäschetrockner ist eine Zunahme zu beobachten. Während 2012 über 85% aller Personen in einem Haushalt mit Geschirrspüler leben, waren es 1998 erst 61%.

Quote der materiellen Entbehrung nach versch. soziodem. Merkmalen, 2013



Materielle Entbehrungen

Wer ein dauerhaftes Konsumgut nicht besitzt, verzichtet nicht zwingend aus finanziellen Gründen darauf. 2013 mussten lediglich 1% der in der Schweiz wohnhaften Personen aufgrund ihrer finanziellen Situation auf einen Computer verzichten; bei den Autos für den Privatgebrauch betrug dieser Anteil knapp 4%. Eine der häufigsten materiellen Entbehrungen wurde durch mangelnde finanzielle Reserven verursacht: 20% der Personen in Privathaushalten waren nicht in der Lage, eine unerwartete Ausgabe in der Höhe von 2500 Franken zu tätigen. Relevant sind auch die Entbehrungen, welche die wahrgenommenen Beeinträchtigungen bezüglich der Wohnumgebung betreffen: 16% der Bevölkerung sehen sich Lärmbelästigungen durch Nachbarn oder von der Strasse ausgesetzt, 15% geben an, mit Problemen der Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus konfrontiert zu sein und 12% mit Feuchtigkeitsproblemen. Ausserdem konnten sich 9% der Bevölkerung nicht jedes Jahr eine Woche Ferien weg von zu Hause leisten.

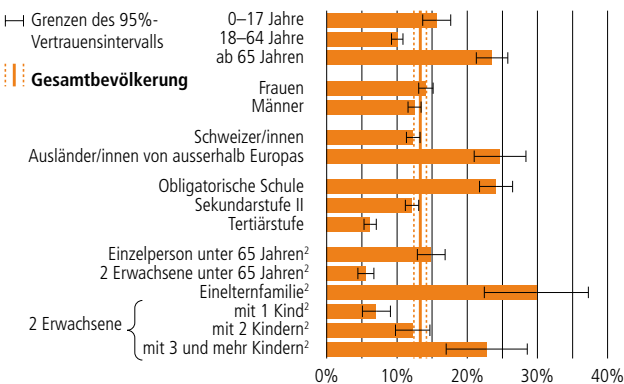
Finanzielle Armut und Armutsgefährdung

In der Schweiz waren im Jahr 2012 7,7% der ständigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten von Einkommensarmut betroffen. Dies entspricht rund 590 000 Personen. Die durchschnittliche Armutsgrenze, die auf dem sozialen Existenzminimum basiert, betrug für eine Einzelperson rund 2200 Franken pro Monat und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern rund 4050 Franken. Nach dem relativen Armutsgefährdungskonzept waren 2013 13,3% oder rund 1 035 000 Personen armutsgefährdet. Die entsprechende Armutsgefährdungsschwelle (60% des verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens) im 2013 lag bei rund 2560 Franken pro Monat für eine Einzelperson resp. rund 5380 Franken für zwei Erwachsene mit zwei Kindern.

Armut der Erwerbstätigen

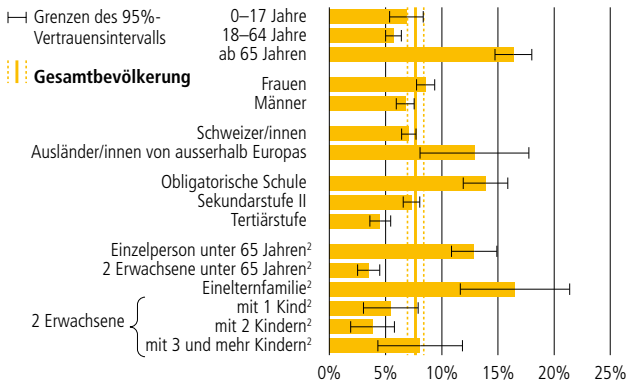
Personen in Haushalten mit hoher Erwerbspartizipation weisen generell die tiefsten Armutsquoten auf. Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt bietet in der Regel einen wirksamen Schutz vor Armut. Dennoch waren 2012 3,5% oder rund 130 000 Personen trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen. Armut bei Erwerbstätigen lässt sich vor allem im Hinblick auf die (längerfristige) Sicherheit und Unsicherheit der Erwerbssituation beschreiben: Sofern Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen eindeutig oder tendenziell als unsicher einzustufen sind, ist auch die Armutsbetroffenheit grösser.

Armutsgefährdungsquote¹ nach versch. soziodemografischen Merkmalen, 2013



¹ Basiert auf den Einkommen ohne Berücksichtigung allfälliger Vermögensbestände
² 2 Personen, die in einem solchen Haushalt leben

Armutsquote¹ nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, 2012



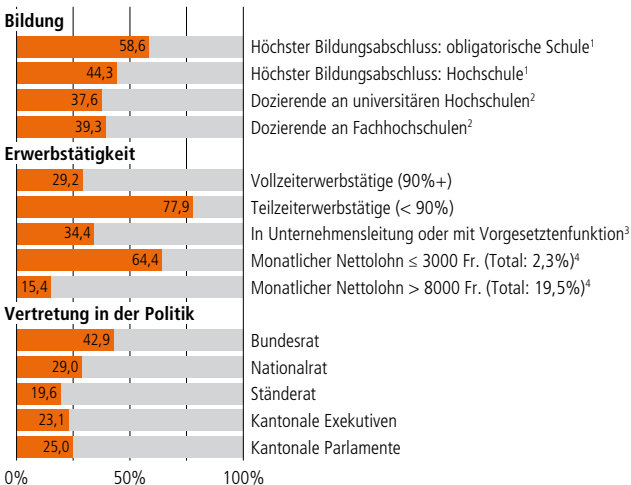
1 Basiert auf den Einkommen ohne Berücksichtigung allfälliger Vermögensbestände
 2 Personen, die in einem solchen Haushalt leben

Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung

Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung werden auf der Basis des verfügbaren Äquivalenzeinkommens analysiert. Dieses wird wie folgt berechnet: Die obligatorischen Ausgaben des Haushalts werden vom Bruttoeinkommen abgezogen, und das sich daraus ergebende verfügbare Einkommen wird durch die Äquivalenzgrösse des Haushalts dividiert. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist demnach ein Index für den Lebensstandard der einzelnen Personen, unabhängig davon, in welchem Haushaltstyp sie wohnen. Im Jahr 2013 war das verfügbare Äquivalenzeinkommen der wohlhabendsten 20% der Bevölkerung viermal so hoch wie jenes der ärmsten 20%.

Kennzahlen zur Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenanteil in % (letzter verfügbarer Stand 2010–2014)



1 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung

2 Professorinnen, übrige Dozentinnen, Assistentinnen und wiss. Mitarbeiterinnen

3 Arbeitnehmende













4 Vollzeitarbeitnehmende, privater und öffentlicher Sektor (Bund)

► www.statistik.admin.ch → Themen →










Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Sind wir auf dem Weg der Nachhaltigen Entwicklung?



















1 Bedürfnisdeckung – Wie gut leben wir heute?

Die Gesundheit verbessert sich	  	Die Verurteilungen aufgrund von schwerer Gewaltdelikten nehmen zu	  
Leichter Anstieg der Einkommen	  	Die Erwerbslosenquote gemäss ILO nimmt zu	  













2 Gerechtigkeit – Wie sind die Ressourcen verteilt?

Die Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe steigen	  	Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern verkleinert sich schrittweise	  
Beinahe eine von dreizehn Personen lebt unter der Armutsgrenze	  		

3 Kapitalerhaltung – Was hinterlassen wir unseren Kindern?

Die Lesefähigkeit der Jugendlichen verbessert sich	  	Die Anzahl Beschäftigten in Wissenschaft und Technologie nimmt zu	  
Nach einem Anstieg ist die Verschuldung wieder unter das Niveau von 1992 gesunken	  	Die Brutvogelbestände nehmen zu	  
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandprodukt stagniert	  	Die pro Person benutzte Siedlungsfläche nimmt zu	  




4 Entkoppelung – Wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft	  	Der Energieverbrauch pro Person nimmt ab	  
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	  	Die Materialintensität nimmt ab	  




Angestrebte,

-  Zunahme
-  Stabilisierung
-  Abnahme

beobachtete Entwicklung

-  Zunahme
-  Keine wesentliche Veränderung
-  Abnahme

Zusammenfassung der Entwicklung seit 1992

-  Positiv (hin zur Nachhaltigkeit)
-  Unverändert
-  Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)

In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar. So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.

Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen rund 14% der Jugendlichen bei der Lektüre nicht einmal über die für den Alltag erforderlichen minimalen Kenntnisse. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollen Landwirtschaftsflächen.

Der **ökologische Fussabdruck** misst die Nutzung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen und veranschaulicht die Knappheit des biologischen Umweltkapitals. Der Fussabdruck pro Person in der Schweiz ist zurzeit fast dreimal grösser als die weltweit pro Person durchschnittlich verfügbare Biokapazität. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch. Global gesehen ist die wirtschaftliche Entwicklung oft mit zunehmendem Umwelt- und Ressourcenverbrauch verbunden. Das heisst: Je höher das Volkseinkommen eines Landes, desto grösser dessen Fussabdruck. Der schweizerische Fussabdruck liegt im Durchschnitt der meisten westeuropäischen Länder. Die Vereinigten Staaten und einige europäische Länder verbrauchen über viermal mehr Ressourcen, als was weltweit an Biokapazität verfügbar ist. In vielen Ländern in Südostasien und Afrika liegt der Verbrauch deutlich unter dem Weltdurchschnitt.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Nachhaltige Entwicklung

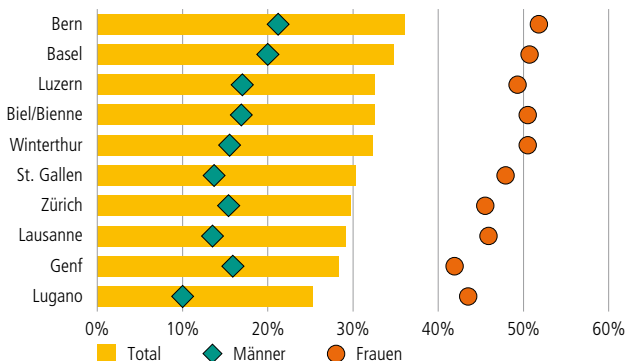
Urban Audit: Lebensqualität in den Städten

Das Projekt «Urban Audit» hat 2014 das OECD-Konzept¹ der Lebensqualität auf städtischer Ebene angewendet und für die zehn Schweizer Städte des Urban Audits weiterentwickelt. Im Folgenden sind zwei der 24 Indikatoren als Beispiele aufgeführt.

¹ OECD (2011), «How's Life?: Measuring Well-being», OECD Publikation

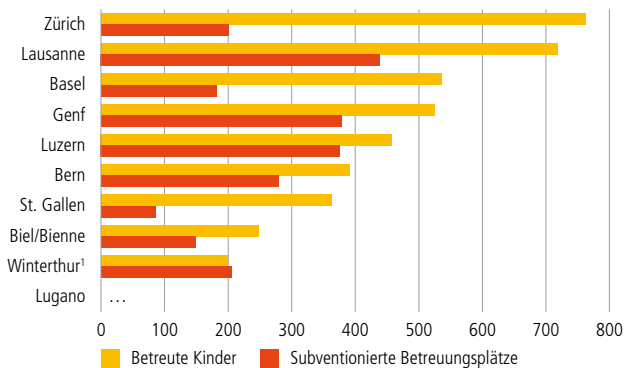
Teilzeiterwerb 2013

Anteil Erwerbstätige mit Beschäftigungsgrad von <90%



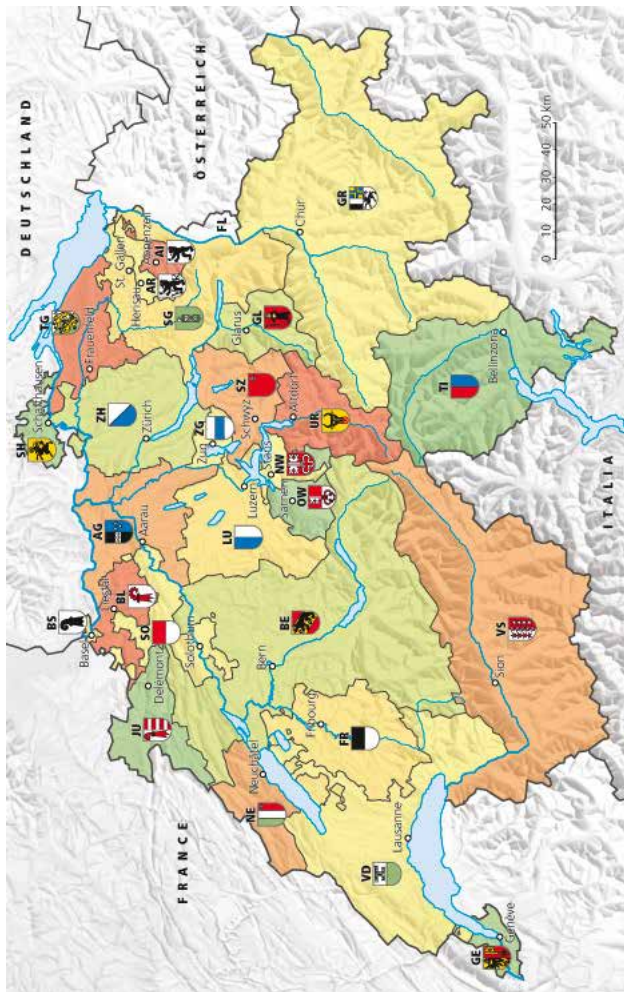
Kleinkinderbetreuung 2013

Pro 1000 Kinder im Vorschulalter (0–3 Jahre)



¹ Nur Angaben zu Kindern in Einrichtungen mit subventionierten Betreuungsplätzen

Die Schweiz und ihre Kantone



26 Kantone

148 Bezirke

2324 Gemeinden

Stand 1.1.2015

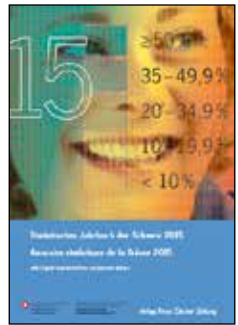
o Kantonshauptort

Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 4

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2015

Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten. Ein separates Kartenkapitel ist den neuesten Ergebnissen der Arealstatistik der Schweiz gewidmet.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 600 Seiten (gebunden), Fr. 120.–. Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch



Graphisch-statistischer Atlas der Schweiz 1914–2014

Der «Graphisch-statistische Atlas der Schweiz» von 1914 ist einer der ersten und umfangreichsten thematischen Landesatlanten der Schweiz und gleichzeitig ein herausragendes, graphisches Kompendium der ersten 50 Jahre öffentlicher Statistik in unserem Land. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums seiner Herausgabe hat das Bundesamt für Statistik dieses eindrückliche und heute nur noch schwer erhältliche Werk vollständig faksimiliert, um es wiederum einer breiten, interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Gleichzeitig wurden dabei die Originaltafeln von 1914 um neue statistische Karten und Diagramme mit aktuellem Zahlenmaterial derselben Themen von 2014 ergänzt. So bietet der Atlas in Form einer «Ergänzungslieferung» ganz unmittelbare Vergleiche und eine spannende visuelle Zeitreise durch die gesellschaftlichen und räumlichen Strukturen der Schweiz vor 100 Jahren und der Schweiz von heute.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 130 Seiten (gebunden), Fr. 89.– (exkl. MWSt). Erhältlich beim Bundesamt für Statistik. E-Mail: order@bfs.admin.ch

Das [Portal Statistik Schweiz](http://www.statistik.ch) (www.statistik.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. Attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonnieung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten. Seit 2011 gibt es im bis anhin viersprachigen Statistikportal (deutsch, französisch, italienisch, englisch) auch ein romanisches Angebot.

Mit dem Mini-Statistikportal <http://mobile.bfs.admin.ch> bietet das Bundesamt für Statistik seit 2010 die wichtigsten statistischen Zahlen auch für mobile Geräte an.

